



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 105 Feb./4 2024

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Schweiz komplett im Abseits – Neutralität ruiniert

Vollmundige Ankündigungen von Bundesrat Cassis über eine Friedenskonferenz für die Ukraine – Quittung kommt – die Schweiz ist draussen – wir danken dem Bundesrat.

Peter Hänseler, DO 15 FEB 2024



*Bundesrat Cassis: Überheblich, inkompetent –
Aussenminister Lawrow: Schickt die Schweiz in die Wüste.*

Einleitung

Nach den grossen Umarmungen mit Präsident Selensky und vollmundigen Ankündigungen über eine Friedenskonferenz für die Ukraine – selbstverständlich unter kundiger Führung der Schweiz als «neutrales» Land – traf Bundesrat Cassis Aussenminister Lawrow im UNO-Gebäude in New York und verkaufte einen sehr kurzen Austausch auf den Gängen des Glaspalasts als erfolgreiches Grossereignis.



Die Antwort aus dem russischen Aussenministerium war prompt und kühl

«Der russische Minister gab eine prinzipielle Einschätzung des fortgesetzten Abdriftens der Schweiz von den Prinzipien der Neutralität und ihrer rücksichtslosen Unterstützung für das Kiewer Regime ab und betonte, dass Russland solche Handlungen und eine unfreundliche Politik bei der Planung seines Vorgehens gegenüber der Schweizer Schiene in Betracht zieht.»

PRESS RELEASE ON FOREIGN MINISTER SERGEY LAVROV'S CONVERSATION WITH IGNAZIO CASSIS, HEAD OF THE FEDERAL DEPARTMENT OF FOREIGN AFFAIRS OF THE SWISS CONFEDERATION, NEW YORK

We reported in detail on this Swiss pipe-dream in our article «The Switzerland-Ukraine peace conference». We wrote in our analysis:

«Wenn man diese Aussage durch die russische Brille betrachtet – das heisst die russische Mentalität in Betracht zieht – so kann damit gerechnet werden, dass Russland in Gesprächen mit China und anderen grossen Verbündeten sein Missfallen gegenüber der Schweiz erwähnen wird.»

VOICEFROMRUSSIA – 27. JANUAR 2024

Und so kam es.

Kalte Schulter mit einem Lächeln serviert in Peking

Wir lassen lediglich die Headlines sprechen: NZZ:

«Bei seinem Peking-Besuch lud Ignazio Cassis die chinesische Regierung ein, an einer möglichen Friedenskonferenz für die Ukraine teilzunehmen.»

NZZ – 7. FEBRUAR 2024

Das Ergebnis entsprach unserer Prognose vom 27. Januar 2024.

«Cassis verlässt Peking mit leeren Händen.»

SRF – 7. FEBRUAR 2024

Es kam so heraus, wie wir das prognostizierten. Die Chinesen waren chinesisch-zurückhalten in Ihrer Art, der Schweiz die kalte Schulter zu zeigen.

Ohrfeige aus Moskau

Die Reaktion von Aussenminister Lawrow – er ist kein Chinese – lässt jedoch kein Raum, für Qualifikationen und Deutungen zum Positiven. Anlässlich der Nahost-Konferenz des Valdai-Clubs äusserte sich Lawrow wörtlich wie folgt:

«Bern hat eine offen russlandfeindliche Haltung eingenommen. Es genügt zu sagen, dass sie vor kurzem ein aussenpolitisches Konzept verabschiedet haben, in dem es heisst, die Schweiz strebe eine Stärkung der europäischen Sicherheit nicht mit, sondern gegen Russland an. Das steht in ihren offiziellen Doku-»

menten. Was für eine Art von Vermittlung kann sie leisten? Jetzt versuchen sie, ihre Vermittlung in der Ukraine anderen aufzudrängen, aber es wird nichts dabei herauskommen. Diesem Akteur kann man nicht trauen.»

AUSSENMINISTER LAWROW – 13. FEBRUAR 2024

Diese Aussage ist in zweierlei Hinsicht katastrophal für die Schweiz:

Erstens, diese Aussage machte Lawrow anlässlich einer Nahost-Konferenz – es ging somit um Gaza.

Zweitens, wenn Ihnen ein Russe, sagt, dass Ihnen nicht zu trauen ist, so ist das ein Vorwurf, der nicht härter sein könnte. Wenn diese Worte von einem russischen Diplomaten geäußert werden, dann ist für Sie Feierabend.

Loyalität hat in Russland einen komplett anderen Stellenwert als im Westen. Russen lebten seit Generationen in einem Umfeld geprägt von Unsicherheiten und Unwägbarkeiten aufgrund von Extremen, die zu einer systemischen Unzuverlässigkeit führten. Die Folge davon war, dass Vertrauen und Loyalität einen überragenden Platz im soziologischen Gewebe dieser Gesellschaft einnahm.

Die Schweizer Aussenpolitik ist von einer beinahe nicht ertragbaren Ignoranz und Überheblichkeit geprägt, geführt von komplett inkompetenten Beamten, denen all das fehlt, was es bedürfte: Kennen des Begriffs «Neutralität», geschichtliches Verständnis, Kenntnis von anderen Mentalitäten, Intuition, Zurückhaltung und Bildung. Herr Cassis und wohl auch seine Truppen in Bern und Moskau verfügen über keine dieser notwendigen Eigenschaften.

Konsequenzen

Man muss über keine hellseherischen Fähigkeiten verfügen, um sich ausrechnen zu können, was diese Entwicklung für die Stellung der Schweiz als «neutrale» Vermittlerin hat.

«Herzlichen Dank, Herr Cassis.»

China und Russland werden die Schweiz nicht mehr als Vermittlerin in irgendeinem Konflikt akzeptieren. Aufgrund des überragenden Einflusses dieser beiden Riesen auf alle Staaten im Globalen Süden und insbesondere auf die Mitglieder von BRICS+, kommt dies einem Todesurteil gleich. Ich sehe jedenfalls keine Konstellation und keinen Konflikt, in welchem die Schweiz an diesen beiden Riesen vorbeikommt und irgendeine ernsthafte Rolle einnehmen könnte. Herzlichen Dank, Herr Cassis.

Rettung möglich?

Gäbe es Umstände, die es der Schweiz erlauben würden, in der Zukunft wieder eine bedeutende Rolle als Vermittler einzunehmen?

Ein Weg zurück ist immer möglich, bedürfte jedoch klarer Massnahmen und Entscheiden: Erstens, Auswechslung jener Exekutivmitglieder, welche diese Katastrophe verursacht haben, nicht nur in Bern, sondern auch in Moskau als klare Botschaft eines Neuanfangs.

«Asche auf mein Haupt»

Zweitens, müsste die Schweizer Bevölkerung ein klares Zeichen setzen, dass die Schweiz gewillt ist, wieder ein neutrales Land sein. Dazu verfügt die Schweiz über ein grossartiges Instrument: Neutralitätsinitiative: Link.

Schliesslich müsste die Schweiz den Gang nach Canossa antreten und nach Moskau pilgern, um Vergebung zu erbeten: «Asche auf mein Haupt». Das tönt altmodisch und erniedrigend, hat aber bei den Russen Chancen, falls dem Gesagten dann auch Taten folgen werden.

«Jämmerlich.»

Diesem widerspricht bis jetzt jedoch die Reaktion auf Lawrows Aussagen: Die offizielle Schweiz und die Massenmedien schweigen und gaukeln so dem Volk vor, dass alles in bester Ordnung ist. Ausnahme: Einmal mehr hat Roger Köppel mit der Weltwoche als einziger die Chuzpe, über das Todesurteil zu berichten. Jämmerlich.

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/schweiz-komplett-im-abseits-neutralitat-ruiniert/>

Kurzsichtiger Raubzug

Wöchentliche Kolumne von Christoph Blocher unter dem Titel „Kurzsichtiger Raubzug“ erschienen in den Gratiszeitungen der Swiss Regiomedia AG, Wil in der Woche 07/24

DER VERLEGER HAT DAS WORT

Kurzsichtiger Raubzug

Die Politiker suchen Tag und Nacht nach Wegen, die Steuern, Abgaben und Gebühren noch mehr zu erhöhen. Die Linke will jetzt rasche Steuererhöhungen, und das mit dilettantischen Rezepten. Der Stosstrupp ist die Juso: Sie verlangt eine Erbschaftsteuer für die Reichen. Die SP, die Grünen und die noch schwankenden Mitte und GLP bilden den Hauptharst. Was wollen sie?

Die Volksinitiative fordert 50 Prozent Erbschaftsteuer für Vermögen über 50 Millionen Franken. Tönt doch gut, oder? Es seien ja nur wenige, die das trifft. Tönt doch auch gut, oder?

Doch die Initianten haben vergessen: Diese Vermögenden, die bestraft werden sollen – zum grossen Teil Unternehmer –, gehören zum obersten einen Prozent der Steuerpflichtigen, die für 40 Prozent der Steuereinnahmen aufkommen.

Eines können wir mit Sicherheit voraussagen: Niemand wird diese Erbschaftsteuer bezahlen. Die Betroffenen werden dafür sorgen, dass sie entweder beim Erbgang kein 50-Millionen-Vermögen mehr haben oder ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. So oder so werden sie dann aber auch nicht mehr die jährlichen ordentlichen Steuern in der Schweiz bezahlen.



Wer kommt dann für diese fehlenden Steuereinnahmen auf? Glauben Sie, das oberste eine Prozent bezahlt noch immer 40 Prozent dieser Steuern? Nein, es sind diejenigen, die zurückbleiben. Ich meine nicht die einkommens- und vermögenlosen Studenten der Juso. Die kosten nur. Wieder einmal würde es den Mittelstand treffen. Der Mittelstand bezahlt dann, weil es keine Reichen mehr gibt, aber diejenigen, die keine Steuern bezahlen, die bleiben.

Ich habe als Bauer gelernt: Die besten Milchkühe bringt man nicht zum Metzger, sondern man melkt sie. Aber die Linke macht mit den guten Steuerzahlern das Gegenteil. Diese Juso-Studenten und Akademiker hätten auch besser eine Bauernlehre gemacht, statt studiert.

E gfreuti Wuche

Christoph Blocher

Quelle: <https://www.blocher.ch/2024/02/15/kurzsichtiger-raubzug/>

«Frau Strack-Zimmermann, dann halten Sie wenigstens die Klappe»

Alice Schwarzer / 19.02.2024

Ausgerechnet die FDP-Militärpolitikerin warf mir und EMMA vor, vergewaltigte ukrainischen Frauen seien uns gleichgültig.



Alice Schwarzer und Marie-Agnes Strack-Zimmermann © K&W / ZDF

Red. Wir geben der EMMA-Herausgeberin und Redaktorin Alice Schwarzer Gelegenheit, zu unerhörten Vorwürfen von Marie-Agnes Strack-Zimmermann Stellung zu nehmen.

«Was sagen Frau Wagenknecht und ihre Busenfreundin Alice Schwarzer den Frauen, die in der Ukraine vergewaltigt werden?»

Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Diese Worte schmetterte Marie-Agnes Strack-Zimmermann bei dem Dreikönigstreffen ihrer Partei am 6. Januar in der gewohnten Dreistigkeit in den jubelnden Saal.

Die FDP-Spitzenkandidatin für die EU-Wahlen 2024 will damit andeuten, ich würde nichts sagen zu den Vergewaltigungen im Ukraine-Krieg. Die wären mir egal, weil ich eine «Putin-Versteherin» sei. Und ausserdem will sie suggerieren, ihre martialische Strategie des Immer-mehr-Waffen-Lieferns – statt endlich über Frieden zu verhandeln – würde die Ukrainerinnen vor weiteren Vergewaltigungen schützen.

Wahlplakat der FDP für ihre Spitzenkandidatin Strack-Zimmermann zu den Europawahlen © HeimatTBWA Wenig später schob die «Eurofighterin» der FDP und «gläubige Katholikin» nach. In gewohntem Ton twitterte sie: «Alice Schwarzer reisst mit dem Hintern ein, was sie eventuell früher für Frauen erreicht hat.» Eventuell.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann verleumdet auf X Alice Schwarzer © M-A. S.Z.

Das ist dreist, Frau Strack-Zimmermann. Und zynisch. In zweierlei Hinsicht.

Erstens: Je länger der Krieg geht, umso mehr wird vergewaltigt und gestorben. Irgendwann wird dann verhandelt werden müssen. Doch je mehr Waffen geliefert werden, umso länger geht der Krieg. Dabei sind sich die Militärs und Experten aller Fronten schon lange einig, dass dieser Krieg nicht auf dem Schlachtfeld entschieden werden kann, sondern nur am Verhandlungstisch. Es ist ein «Verschleisskrieg», der nicht zu gewinnen ist, sondern zu dessen Beendigung verhandelt werden muss. Irgendwann. Bis dahin kann die täglich neuen Vergewaltigungen niemand ungeschehen machen – und die Toten niemand aufwecken.

Mit Engagement für vergewaltigte Frauen ist die Radikalliberale noch nie aufgefallen

Zweitens will Strack-Zimmermann, diese Busenfreundin der Waffenlobby, doch wohl nicht allen Ernstes behaupten, sie engagiere sich für vergewaltigte Frauen und speziell für die im Krieg Vergewaltigten? Damit ist die Radikalliberale noch nie aufgefallen. Bemerkenswert ist bisher lediglich ihre Nähe zur Waffenindustrie. Sprüche kloppen, ja, das kann die 65-Jährige mit dem kerligen [männlichen] Auftritt. Aber genau hinsehen, differenziert argumentieren, solidarisch mit Opfern sein – das ist der krawalligen Düsseldorferin eher fremd. Hat sie jemals etwas für die Opfer getan?

Und EMMA? Als erste in Deutschland haben wir direkt nach Kriegsausbruch im März 2022 auf die enorme Gefahr für die Ukrainerinnen hingewiesen, die auf der Flucht gleich an der deutschen Grenze von Menschenhändlern und Zuhältern empfangen wurden. Die hatten das «Frischfleisch» schon in den deutschen Bordellen und Kleinanzeigen angekündigt. EMMA aber hat für Aufklärung und Hilfe gesorgt.

Gleich im April 2022 hat EMMA dann am Beispiel der Vergewaltigungen in der Ukraine einen ausführlichen Text über «Vergewaltigung als Kriegswaffe» veröffentlicht und auf die Proteste von Frauen vor der russischen Botschaft in Estland aufmerksam gemacht.

Und wer hat 1977 als erste in Deutschland umfassend über die Funktion von Vergewaltigung und ihre Folgen – und hier insbesondere über die Kriegsvergewaltigungen – berichtet? EMMA.

Und wer hat 1989 als erste gewagt, das Tabu des Schweigens über die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen durch Sowjetsoldaten zu brechen? EMMA. Die waren zu der Zeit noch kein Thema, weil vor allem Linke fanden, dass die Frauen des Tätervolkes sich nicht beschweren dürften über die Taten der siegreichen, kommunistischen Sowjetunion.

Und wer steht seit fast einem halben Jahrhundert ganz vorne an der Seite der Opfer, allen voran der Vergewaltigungsoffer, vom Ehebett über den Park bis an die Kriegsfront? Wir. Wir Feministinnen.

Ihnen, Frau Strack-Zimmermann, sind wir in diesem Kampf noch nie begegnet. Sie sehen wir nur an der Waffen- und Karrierefront. Zum Beispiel in der Karnevals-Bütt in Aachen, wo Sie selbstsicher verkündet haben, «die Allergeilste» zu sein. Die AfD kann von Ihnen lernen.

Da können wir nur hoffen, dass eine Politikerin wie Sie nicht weiter Karriere machen, sondern als schicke «Eurofighterin» bei den EU-Wahlen im Juni in Überschallgeschwindigkeit mit der FDP in der Versenkung verschwinden wird.

Januar: Februar-Nummer der EMMA © EMMA

Übrigens: In der Januar/Februar-EMMA ging es wieder mal über sieben Heftseiten um die Vergewaltigungen in der Ukraine. Wenn EMMA und die engagierte, opfer-solidarische Sexualpolitik von Feministinnen Sie schon nicht interessiert, Frau Strack-Zimmermann, dann halten Sie wenigstens die Klappe zu dem Thema. PS: «Die Zeit» hatte Alice Schwarzer und Marie-Agnes Strack-Zimmermann direkt nach deren Äusserungen zu den angeblich ignorierten Vergewaltigungen angeboten, ein «Streit-Gespräch zum Thema Vergewaltigungen im Krieg zu führen. Schwarzer hat sofort zugesagt, die FDP-Politikerin abgesagt.

Dieser Beitrag erschien in dieser aktualisierten Form am 15. Februar auf der Webseite der EMMA.

**Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors
Keine Meinungen in Beiträgen auf Infosperber entsprechen
jeweils den persönlichen Einschätzungen der Autorin oder des Autors.**

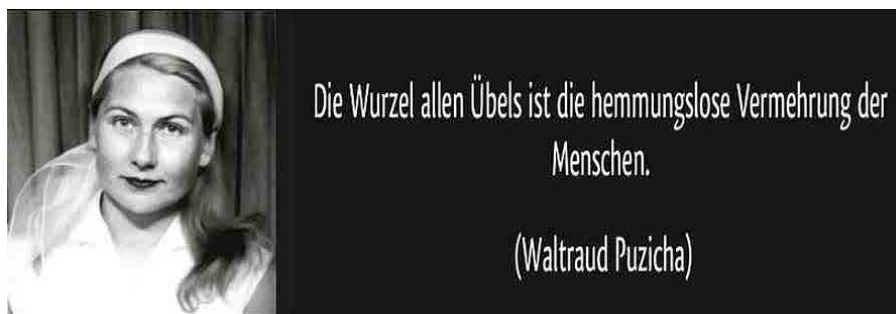
Artikel empfehlen! ausdrucken

Kostenlose Sperber-Mail bestellen

Zum Infosperber-Dossier: Die Ukraine zwischen Ost und West: Jetzt von Russland angegriffen

Die Ukraine wird Opfer geopolitischer Interessen. Die Nato wollte näher an Russland. Seit dem 24.2.2022 führt Russland einen Angriffskrieg.

Die Wurzel allen Übels ...



Mehr über Waltraud Puzicha hier: <https://www.puzicha.ch/Biographie.html>

Die Minderheit der selbstdenkenden Menschen spricht diese erkannte Wahrheit klar und deutlich aus, aber die grosse Masse der Erdenmenschen blökt weiter wie eine tumbe Schafherde und hört nicht auf die mahnenden Worte des weisen Mannes in der Schweiz, die endlich in ihr Bewusstsein dringen sollen, worauf die Menschen endlich aufwachen und zu denken beginnen.

Auszug aus dem 878. Kontakt vom Dienstag, 13. Februar 2024

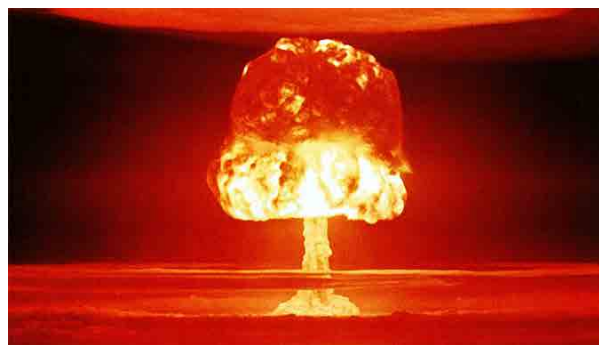
Billy: Der Planet Erde ist auf rund 500 Millionen Menschen ausgelegt, also nicht auf eine irre und alleszerstörende und bisher 18fach die 500 Millionen überschreitende Überbevölkerung. Es ist besonders von Putin und Deutschland usw. idiotisch, die Völker aufzurufen, dass viel mehr Nachkommen gezeugt werden sollen. Dies, obschon die Menschheit irrsinnigerweise bereits alles dazu getan hat, den Planeten Erde über dessen erträgliches Mass von 500 Millionen Menschen 18fach zu überbevölkern, und zwar innerhalb von nur 300 Jahren. Dies, wobei allein in den letzten 73 Jahren sage und schreibe 6 Milliarden 846 Millionen 171 tausend und 12 Menschen geboren wurden und das Mass aller Dinge übertraf. Und dass durch diese Überbevölkerung resp. durch deren völlig verantwortungslose Machenschaften nahezu all die Ressourcen des Planeten ausgebeutet wurden, davon wird nicht gesprochen. Dass infolge der Menschheitsüberbevölke-

rung resp. infolge deren Machenschaften nicht nur der Planet und alle Ökosysteme und damit die ganze Natur und deren Fauna und Flora beeinträchtigt und riesige Teile zerstört wurden und weiter zerstört werden, das kümmert das Gros der Erdlinge, insbesondere jene nicht, welche Geld damit scheffeln, indem sie die Erdressourcen ausbeuten. Dass besonders mit Erdpetroleum in Form von Benzin und Dieselöl die Atmosphäre verdreckt und vergiftet wird, das kümmert nur eine absolute Minderheit der Menschen der Erde. Dies ist der grossen Masse der Menschheit und besonders dem Gros der grossmäuligen Regierenden egal, folglich nur deren Minorität – wie bei den Völkern – sich selbst um das Weiterbestehen allen Lebens und des Planeten Erde bemüht. Dass mit dieser Gleichgültigkeit auch die Ausrottung von Hunderttausenden von Lebensformen mitläuft – Tiere, Getier sowie alle sich selbst fortbewegenden Lebensformen vieler Gattungen und Arten, inklusive auch aller Gattungen und Arten von Pflanzen, und zwar begonnen bei der bisher bekannten niedrigsten Blütenpflanze, der «Zwergwasserlinse», bis zum grössten Baum, dem «Sequoiadendron giganteum» –, das kümmert das religiöse oder weltlich gläubige Gros der Erdenmenschheit nur wenig oder überhaupt nicht. Ureigenste Gedanken sind dem Gros der Erdenmenschheit nicht eigen, denn dieses hängt nur den idiotisch gläubigen Scheingedanken nach, folglich sie auch nicht die wirkliche Wahrheit erfassen und weder logisch, verstandesmässig noch vernünftig zu denken vermögen. Das ist so und wird leider so bleiben, denn idiotische Aufrufe von politischer Seite, dass mehr Nachkommen gezeugt werden sollen, bewirken genau das Gegenteil, denn gleichgesinnte krank Scheindenkende sind leider in der Überzahl. So wimmelt die Erde von Verstandlosen und Vernunftlosen, die eigentlich nicht wirklich leben, sondern dahinvegetieren. Das Gros der Erdlinge weist keine hochentwickelte Persönlichkeit und keinen wirklich wertigen Charakter auf und bleibt trotz des lebenslangen Wandels auf niedrigem Stand liegen.

Achim Wolf, Deutschland

Vorbereitungen auf einen Atomkrieg laufen weiter

Februar 15, 2024, 09:00, Von: Rasender Reporter



Atomkrieg; Bild: Pxhere

Berlin – Nachdem Putin in dem Interview mit Tucker Carlson mal die Gelegenheit hatte, der Weltöffentlichkeit seine Sicht der Dinge zu erklären, dreht der kriegsgeile Westen am Rad. Weil nun auch Trump lieber reden als bomben will, fühlen sich die Russlandhasser alleine gelassen und wollen nun eigenmächtig einen Atomkrieg anzetteln – natürlich wie immer ohne die Bürger zu fragen, ob diese sich dann freiwillig als Leichen zur Verfügung stellen, wenn die wenigen Atomschutzbunker von Politikern besetzt sind:

In der Debatte um europäische Atomwaffen hat FDP-Fraktionschef Christian Dürr für gemeinsame Pläne Deutschlands mit anderen EU-Staaten plädiert. «Wir müssen in Deutschland – und in Europa – an unserer Verteidigungsfähigkeit arbeiten», sagte er den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Donnerstagsausgaben). Dies müsse spätestens nach den jüngsten Äusserungen des früheren US-Präsidenten Donald Trump allen bewusst sein. «Ich hielte es für richtig, dass wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern über neue Möglichkeiten der nuklearen Abschreckung nachdenken», fügte Dürr hinzu. «Die französische Regierung hat uns in dieser Frage bereits vor Jahren die Hand gereicht.»

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) zeigt derweil scheinheilig Verständnis für Ängste in der Bevölkerung angesichts seines Vorstosses für ein «kriegstüchtiges» Deutschland geäussert, pocht aber auf eine Auseinandersetzung mit der Gefahrenlage. «Ich verstehe, dass sich Menschen an dem Wort kriegstüchtig stören», sagte Pistorius dem «Redaktionsnetzwerk Deutschland» (Donnerstagsausgaben). «Das ist aber gewollt, denn Klarheit in der Beschreibung einer Gefahrenlage ist die Grundvoraussetzung dafür, sich dafür wappnen zu können.»

Es gebe keinerlei Spielraum, deutsche Kriegstüchtigkeit als Vorbereitung für einen Angriffskrieg misszuverstehen. «Manche stören sich daran, dass es eine Kombination ist aus einem aus der Mode gekommenen Wort – tüchtig – und einem Wort, das viele am liebsten verdrängen – Krieg», so der SPD-Politiker. «Dabei

ist Tüchtigkeit nichts anderes als eine besondere Form von Tauglichkeit. Wir reden über die Fähigkeit, einen Krieg führen zu können.»

Im Grundgesetz stehe, dass die Bundesrepublik Deutschland Streitkräfte zu ihrer Verteidigung aufstelle. «Verteidigung, also im Falle eines militärischen Angriffs. Und das ist ein Krieg», sagte Pistorius weiter.

Die Maxime laute also, einen Krieg führen zu können, um ihn nicht führen zu müssen. «So schreckt man wirkungsvoll ab. Das Grundgesetz verbietet übrigens einen Angriffskrieg.» Pistorius sprach angesichts der Bedrohungslage durch den russischen Angriffskrieg von einer Notwendigkeit «Vorkehrungen dafür» zu treffen, «um weiterhin in Freiheit und Sicherheit leben zu können».

So, und nun mal raus mit Putins Kriegsplänen, aus denen hervorgeht, dass er ganz Europa schlucken will! Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Hellmich, lehnt derweil eine Debatte über einen eigenen atomaren Schutzschirm der EU ab. «Europa ist gut beraten, sich an dem atomaren Schutzschirm der Nato zu orientieren, statt eine europäische Atomdoktrin zu erarbeiten», sagte Hellmich dem «Redaktionsnetzwerk Deutschland» (Donnerstagsausgaben).

«Wir müssen den Schutzschirm der Nato ausbauen und stärken. Ich glaube im Übrigen nicht, dass die Franzosen ihre Atomwaffen der Nato unterstellen werden», so der SPD-Politiker.

Die Debatten seien nicht neu. «Und sie sind aus guten Gründen nicht weiterverfolgt worden.» Man solle «den Weckruf von Donald Trump ohnehin nicht überschätzen», sagte Hellmich. «Dieser hat nur deutlich gemacht, was bezüglich der europäischen Verteidigungsfähigkeit eh auf dem Tisch lag.»

Der letzte US-Präsident und Anwärter für die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner bei der Wahl im November hatte die Nato-Beistandspflicht davon abhängig gemacht, dass die Mitgliedstaaten ihren finanziellen Verpflichtungen nachkämen. Zudem kündigte Trump an, Russland zu ermutigen, mit säumigen Nato-Staaten «zu tun, was immer sie wollen». Daraufhin hatte die SPD-Spitzenkandidatin bei der Europawahl, Katarina Barley, gesagt, EU-Atombomben könnten ein Thema werden.

Die europäischen Kriegstreiber haben nur davor Angst, dass Putin und Trump miteinander reden und einen Frieden aushandeln – ohne eben die vorlauten Europäer, die bei den zukünftigen Machtspielchen der Großen eh nur als Zuschauer am Spielfeldrand sitzen dürfen.

Aber erstmal sollte man im Verteidigungsministerium die Hausaufgaben erledigen, oder man hofft einfach, dass sich Putin totlacht:

Auch die Notfallversorgung versagte

Stromausfall bei der Bundeswehr



Verteidigungsminister Boris Pistorius (63, SPD)

Foto: Getty Images

(Mit Material von dts)

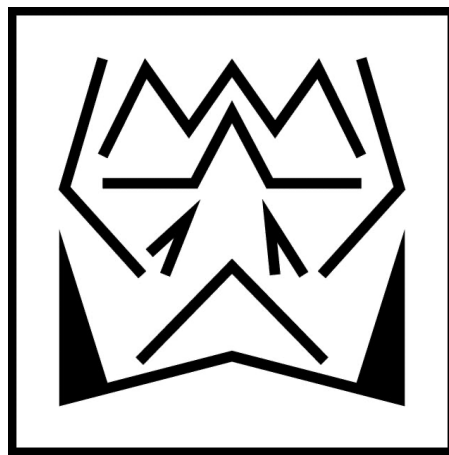
Quelle: <https://journalistenwatch.com/2024/02/15/vorbereitungen-auf-einen-atomkrieg-laufen-weiter/>

«Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.»

«Suppose They Gave a War and No One Came»,

war ein Slogan amerikanischer Hippies und Kriegsdienstverweigerer, von denen einige lieber Jahre im Gefängnis verbrachten als im Krieg gegen Vietnam zu kämpfen. Kreiert wurde er vom US-amerikanischen

Dichter, Romanautor, Journalist und Historiker Carl Sandburg, der vom 6. Januar 1878 bis zum 22. Juli 1967 lebte, in der ursprünglichen Fassung «Sometime they'll give a war and nobody will come». Der Spruch mag naiv klingen, trifft aber im Kern die Tatsache, dass ein Krieg nur dann möglich ist, wenn die grosse Masse der Menschen alles willenlos mit sich geschehen lässt, weil sie jede Art von Kriegshetze aktiv oder passiv unterstützt und dadurch mitverantwortet. Im einen Fall lassen sich die Menschen durch Propaganda, Aufwiegelung, Hetze und Kriegstreiberei dazu hinreissen, hirnerrig und primitiv in das von Regierenden, Medien, Kirchenbonzen und sonstigen Fanatikern angestimmte Kriegsgeheul einzustimmen und erniedrigen sich damit selbst zu Marionetten psychopathischer Elemente.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Despotismus»

Im andern Fall fügen sie sich stillschweigend, willenlos und duckmäuserisch in ihr vermeintlich unabwendbares Schicksal, von dem sie annehmen, es sei sowieso unvermeidlich, weil sie dagegen machtlos seien oder sie glauben es von einem nur in ihren Hirnen existierenden Dunstbild eines Gottes vorbestimmt, der über sie verfüge und ihr Denken, Fühlen, Tun oder Lassen lenken würde. In jedem Fall sind sie aber Mittäter und billige, charakterlose Mitläufer, wenn sie aktiv oder passiv am aufkeimenden Unheil und der aufflammenden Kriegsgeilheit mitmischen oder alles feige geschehen lassen. Gleiches gilt für alles Unwertige und Böse im Menschen, was in Form von Streit, Hass, Gier, Machtstreben, Rachegeilheiten, Fanatismus und sonstiger menschlicher Ausartungen zu Unfrieden, Hass, Auseinandersetzungen zwischen Menschen, Ländern und Staaten und letztlich zu blutigen und grauenvollen Kriegen führt.

Fakt ist, dass alle ausgearteten, menschenverachtenden und dem wahren Menschsein völlig zuwiderlaufende Denk-, Fühl- und Verhaltensweisen, die Kriege auslösen, am Laufen halten und die tödliche Spirale des Krieges noch weiter verschlimmern, nur dann möglich sind, wenn die Mehrzahl der Menschen nicht-denkend und somit dumm, naiv, gleichgültig und gegenüber aller Verantwortung und wahrer Menschlichkeit abgestumpft ist.

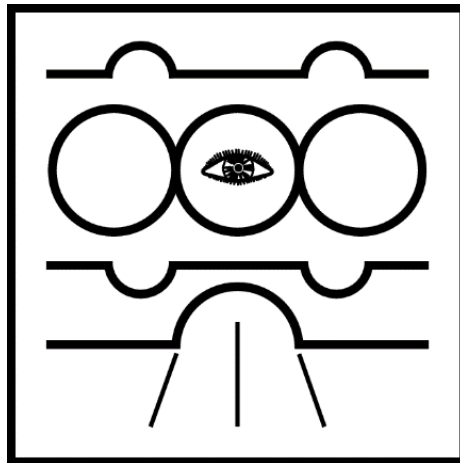
Es ist höchste Zeit und von dringender Wichtigkeit, dass die Menschen der Erde sich ihrer Macht zur Veränderung im positiven Sinne bewusstwerden, als geschlossene Einheit das Wort gegen alle ausgearteten Volksverführer erheben und alle verbrecherisch-menschenverachtenden Elemente mit logischer und konsequenter gewaltloser Gewalt aus ihren Ämtern entfernen. An deren Stelle müssen sodann Menschen gesetzt werden, die in der Schöpfungsenergielehre gebildet, lebenserfahren, logisch denkend, gerecht, selbstlos, bescheiden, verantwortungsbewusst, wissend und weise sind. Leider fehlen beim Gros der Erdmenschlichen dazu bisher die grundlegenden Voraussetzungen, weil sie durch die Gotteswahnkrankheit, durch Religionen und Sekten resp. deren Führer, Bonzen und Gurus, durch wirtschaftliche, militärische, geheimdienstliche und staatliche Stellen und durch die eigenen Regierungen für dumm verkauft, desinformiert, manipuliert, ausgenutzt, ausgebeutet, missbraucht, belogen und betrogen werden. Vor allem aber, weil die Menschen insgesamt bis auf relativ wenige Ausnahmen erschreckend dumpf, träge und apathisch in vielerlei Hinsicht geworden sind, so dass ihnen inzwischen das eigene Leben genauso sinn- und wertlos erscheint wie das Leben des Nächsten und der ganzen Erdmenschheit inkl. der Natur und der Biosphäre des Planeten, der sie ihr Leben verdanken. Die überwältigend grosse Mehrheit der Menschen ergibt sich immer noch den Wahngewalten ihrer Götter, Heiligen, Engel, Schutzgeister, Dämonen, Erleuchteten usw. usf. und lässt sich streng obrigkeitshörig und hündisch unterwürfig von unfähigen Politikern, Regierenden, Kirchenbonzen, Gurus, Wirtschaftsbossen und Militaristen herumdirigieren, einschüchtern und wie Gehirnanputzte am Gängelband herumführen.

Die riesige Masse der ziel- und orientierungslos in ihrem Leben herumirrenden Mitmenschen sollten von denjenigen Menschen belehrt werden, die begonnen haben, eigenständig und schöpferisch orientiert zu denken, soweit es zwanglos, nicht missionierend und im Einklang mit dem freien Willen der zu Belehrenden erfolgt, und zwar in der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», kurz «Schöp-

fungsenergielehre) genannt. Das Studieren dieser Lehre ermöglicht es dem einzelnen Menschen nach und nach, die Fakten der Wirklichkeit zu erkennen, was ihm nicht nur den tiefen Sinn und Zweck des Lebens und allen Seins ermöglicht, sondern auch das Erlernen von selbständigem, unabhängigem Denken, sowie das Praktizieren und Üben von Selbsterkenntnis und umfassender Selbstbestimmung. Für die Wir-Gemeinschaft der Menschen ist das die einzig mögliche Grundlage für das Verwirklichen einer wahren Demokratie, in der die Völker selbstdenkend zwischen Richtig und Falsch entscheiden können, weil sie das jeweils Logische, Folgerichtige und Notwendige aller Lebensumstände, Situationen und anstehender Entscheidungen erkennen und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und Erkenntnisse in Taten und Handlungen umsetzen können, die erfolgreich zum schöpferisch richtigen Ergebnis führen. In einer solchen Gesellschaft wirklich freier und bewusst denkender Menschen und in der weltumspannenden Gemeinschaft der Erdemenschen wäre dann kein Platz mehr für Verbrecher und Kriminelle aller Couleur in den verschiedensten Positionen und Ämtern, weder für gewaltherrschende Rädelsführer noch für psychopathische Anführer oder für machtgierige, über Leichen gehende Regierende, ebensowenig für Gottes-Stellvertreter eigener Gnaden. Denn die Menschen wären endlich in Wahrheit aufgeklärt und innerlich frei, sich für das wahrhaft Gute und Richtige zu entscheiden, sie wären durch keinerlei Mittel und in keine Richtung mehr manipulierbar und handelten allein im schöpferisch-natürlichen Sinne nach den Gesetzen und Gebote der Schöpfung Universalbewusstsein.

Bis dahin mag das Gesagte vielen Lesern wie eine Utopie erscheinen, aber alles das ist wirklich möglich, wenn die Menschen nur ernsthaft damit beginnen, sich der Schöpfungsenergielehre zuzuwenden und tiefgründig erkennen, dass sie sowohl als einzelne Menschen für ihr eigenes Leben als auch im grossen Ganzen für die Erdemenschheit die Verantwortung tragen. Aus dieser Erkenntnis heraus würden sich die Menschen endlich den Willen für ein schöpfungskonformes Denken, Fühlen und Leben erschaffen, das ihnen den Weg zu einer Zukunft im Licht der Wahrheit ebnet.

Kommen wir zum Eingangsspruch zurück: Es wird mit Sicherheit eines noch sehr fernen Tages einen weltweiten Frieden auf unserem Planeten Erde geben, aber dazu müssen alle Menschen jetzt und ohne Zögern die Grundlagen dafür schaffen und sich durch das Erlernen der Schöpfungsenergielehre innerlich zu freien und wahren Menschen formen, die all ihr Denken und Handeln nach den schöpferisch-natürlichen Gesetzen und Geboten ausrichten. Dann wird wahre innere Freiheit in allen Menschen herrschen, und Tyrannen, Despoten, Autokraten und sonstige Gestalten werden keine Macht mehr über sie haben. Dann wird es nicht nur heissen «Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.», sondern «Stell Dir vor, es gibt keine Kriege mehr, denn es herrscht Frieden, weil wir uns selbst zu wahren Menschen gewandelt haben.»



Schöpfungsenergielehre-Symbol (Menschlichkeit)

Achim Wolf, Deutschland

Weltweite Kundgebungen: Freiheit für Julian Assange!

Am 20. und 21. Februar wird das britische Gericht in London entscheiden, ob der seit Jahren Inhaftierte Journalist an die USA ausgeliefert werden wird. In zahlreichen Städten auf der ganzen Welt finden Demonstrationen statt, um den Wikileaks-Gründer zu unterstützen – auch in Deutschland.

Veröffentlicht am 15. Februar 2024 von KD.

Im April 2019 wurde Julian Assange aus der ecuadorianischen Botschaft, wo er Asyl gefunden hatte, in das Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London verschleppt. Am 20. und 21. Februar wird sich nun entscheiden, ob der Wikileaks-Gründer an die USA ausgeliefert werden wird. Dort droht ihm lebenslange Haft. Der Grund: Er hatte Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt.

Unter dem Namen «Day X» finden im Vorfeld und an den zwei Tagen der Gerichtsverhandlung zahlreiche Kundgebungen auf der ganzen Welt statt, um Assange zu unterstützen. In Hamburg wird das am 17. Februar um 12:00 Uhr am Rathausmarkt sein. In Frankfurt, Mannheim, Heidelberg am selben Tag um 13:00 Uhr.

In Paris, Amsterdam, Barcelona, Rom, Mailand und anderen europäischen Städten werden die Menschen am 20. Februar ebenfalls Assanges Freilassung fordern. Hier finden sie die Details sowie weitere Kundgebungen in Europa und weltweit.

In London werden sich Assanges Unterstützer am 20. Februar um 8:30 Uhr und am 21. Februar um 16:30 Uhr vor dem Royal Court of Justice in London versammeln, wo die letzte Anhörung stattfindet. Selbst der Regisseur Oliver Stone hatte zur Teilnahme aufgerufen (wir berichteten).

Quelle:

FreeAssange: *Free Assange Interactive Map*

FreeAssange.eu: *Kalender-Übersicht der Veranstaltungen*

Quelle: <https://transition-news.org/weltweite-kundgebungen-freiheit-fur-julian-assange>

Extremer Anstieg der Kindersterblichkeit seit EMA-Zulassung der «Covid-Kinderimpfung»

VonELA, FEB 14, 2024



Bild: medonline doble-d

Die «abnormalen» Todesfälle bei Kindern in ganz Europa waren in den Jahren 2020 und 2021 im Vergleich zum vorherigen Durchschnitt negativ, bis die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) die Notfallzulassung (EUA) des Impfstoffs COVID-19 auf Kinder ausdehnte.

Seltsamerweise begannen ab diesem Zeitpunkt die überzähligen Todesfälle bei Kindern in ganz Europa bis Ende 2021 deutlich anzusteigen und setzten sich auch in den Jahren 2022 und 2023 fort, wie auch legitim.ch zu berichten wusste.

Tausende Todesopfer unter Kindern

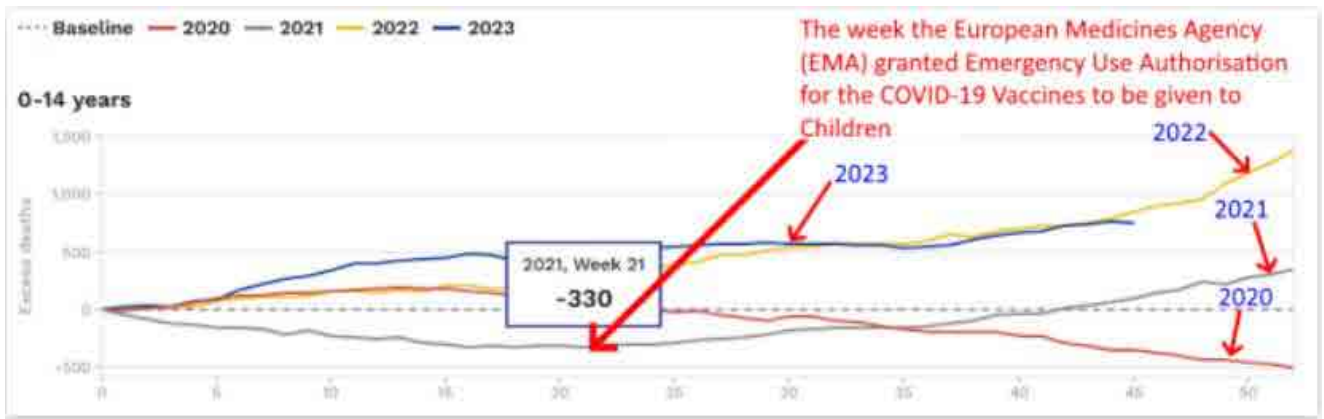
Dies geht nun so weit, dass Tausende Kinder ihr Leben verloren haben, seit ihnen die Covid-19-Impfung verabreicht wurde, im Vergleich zum Zeitraum vor der «Covid-Kinderimpfung».

Im Jahr 2020, also dem ersten Jahr der angeblichen Pandemie, lag die Zahl der abnormalen Todesfälle bei Kindern im Alter von 0–14 Jahren in ganz Europa laut EuroMOMO, der offiziellen Datenbank der EU über Todesfälle, bei -511. Das bedeutet, dass 511 Kinder weniger starben als «üblich».

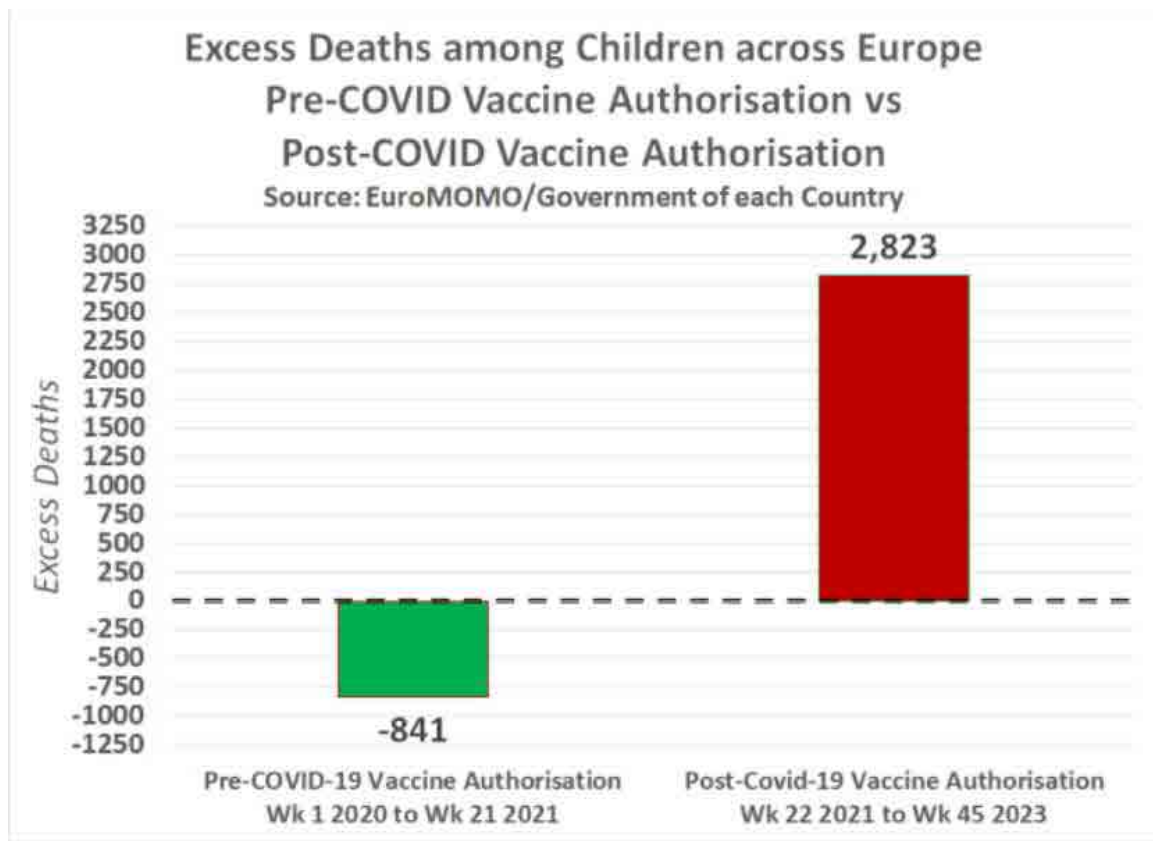
Dieser Trend setzte sich im Jahr 2021 bis zur 21. Woche mit -330 abnormalen Todesfällen fort. Das bedeutet, dass 330 Kinder weniger starben als «üblich» gewesen war.

Dieser Trend kehrte sich jedoch gänzlich um, als die EMA die Notfallzulassung für den Impfstoff COVID-19 auf Kinder ausweitete.

Dies geschah durch die EMA am 28. Mai 2021, also in der 21. Woche des Jahres 2021, und was danach geschah, ist Folgendes.



Die Zahl der abnormalen Todesfälle bei Kindern war deutlich gestiegen. Bis Ende 2021 wurden 685 überzählige Todesfälle verzeichnet. Das bedeutet, dass 685 Kinder mehr starben als sonst. Dieser erschreckende Trend setzte sich dann im Jahr 2022 mit einer schockierenden Zahl von 1385 zusätzlichen Todesfällen fort. Das bedeutet, dass 1385 mehr Kinder starben als sonst. Leider hat sich diese Entwicklung dann im Jahr 2023 weiter fortgesetzt, denn bis zur 45. Woche starben 753 Kinder mehr als sonst. Das bedeutet somit, dass europaweit 2823 Kinder mehr gestorben sind als sonst, seit die EMA die Notfallzulassung für den Impfstoff COVID-19 auf Kinder ausgeweitet hatte. Hingegen starben während der gesamten angeblichen Pandemie, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die EMA die Notfallzulassung für den Impfstoff COVID-19 auf Kinder ausdehnte, deutlich erkennbar 841 Kinder weniger als sonst. Somit wurden weniger als 841 zusätzliche Todesfälle verzeichnet.



Es ist mehr als offensichtlich, dass die Verabreichung der Covid-19-Injektion an Kinder dazu geführt hat, dass Tausende von Kindern mehr als sonst ihr Leben verloren haben. Das offizielle, mediengetragene Narrativ hingegen wertet dies wohl als ein weiterer Zufall in einer langen Reihe, die sich seit dem Beginn der angeblichen Pandemie im Jahr 2020 ereignet hatten, im Notfall könnte man es dann immer noch dem «Klimawandel» zuschreiben.
 Quelle: <https://unser-mittleuropa.com/131007>

Berlin sucht die rettende «Bombe»

Von PI -14. Februar 2024 58



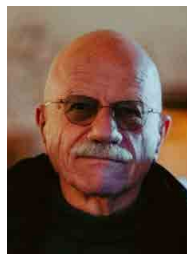
Wenn deutsche Politiker wie Katarina Barley von einer Atomrüstung fantasieren, schreit das geradezu nach einer Neuverfilmung des Stanley Kubrick-Klassikers «Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben». Von WOLFGANG HÜBNER

Das deutsche Machtkartell steht unter Schock: Überall lauern rechtsextreme Netzwerke und Donald Trump droht mit der Aufkündigung des Atomschirms, wenn zu wenig in die amerikanische Kasse gezahlt wird. Was tun? Faeser und Haldenwang wollen mit Repression und Drohung alles ersticken, was noch Ähnlichkeit mit elementaren grundgesetzlichen Bürgerfreiheiten hat. Und der Rest ihrer Gesinnungsgenossen in Ampel und Scheinopposition sucht schon mal nach einer Alternativlösung für den Atomschirm, der vor dem Einmarsch der russischen Putin-Horden schützen soll.

Katarina Barley, SPD-Spitzenkandidatin bei den EU-Wahlen, fantasiert von einer Atomrüstung, bei der sich dann alle 27 Mitglieder darum streiten dürfen, wer im Ernstfall dazu berechtigt ist, auf den Roten Knopf zu drücken. Diese lustige Situation schreit geradezu nach einer Verfilmung. Nur schade, dass Stanley Kubrick, Regisseur des Klassikers «Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben» schon lange tot ist. Andere im Parteienkartell erkennen mit Freude lockenden Signale des französischen Präsidenten Macron, die Atomkraft seiner «Grande Nation» eventuell auch in den Dienst deutscher Sicherheit zu stellen.

Davon will allerdings Kanzler Scholz wenig wissen. Denn zu den wenigen Erinnerungen, zu denen er fähig oder willig ist, gehört diejenige, einmal Finanzminister gewesen zu sein. Deshalb kann er sich nur zu gut vorstellen, dass der Preis für Pariser Schutzdienste zwar dem französischen Haushalt ausgesprochen wohlzutun, die deutschen Staatsfinanzen aber nachhaltig ruinieren würde. Und selbstverständlich denken weder Macron noch irgendein anderer Politiker jenseits des Rheins daran, im Fall des Falles Paris oder Lyon für Berlin oder München in Gefahr zu bringen – Atomabkommen hin oder her.

Ganz irre ist die Idee von FDP-Pleitier Lindner, auch noch die Briten ins Boot für den alternativen deutschen Atomschirm holen zu wollen. Mit ihrer «Liebe» zu Albion haben sich schon Kaiser Wilhelm II. und Adolf Hitler gewaltig verkalkuliert, doch sind gewisse Illusionen offenbar unsterblich. Bleibt eigentlich nur noch die rettende Variante einer eigenen deutschen Atombewaffnung. Aber dann würden die Polen nicht ruhen noch rasten, auch nachzuziehen. Und das wäre problematischer als das gesamte russische Atomarsenal, das gemäss Militärdoktrin nur zum Schutz des eigenen riesigen Territoriums eingesetzt werden soll.



Wolfgang Hübner.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Geopolitik, Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der «Bürger für Frankfurt» (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen Telegram-Kanal erreichbar.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2024/02/berlin-sucht-die-rettende-bombe/>

Stoppt die Kriegstreiber!

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 13. Februar 2024

Der Schriftsteller Günter Kunert schrieb in einem seiner frühen Texte:

«Über einige Davongekommene»: «Als der Mensch unter den Trümmern seines bombardierten Hauses hervorgezogen wurde, schüttelte er sich und sagte: Nie wieder. Jedenfalls nicht gleich.»

Das «nicht gleich» scheint jetzt zu sein. Vor 79 Jahren wurde Dresden in einem Feuersturm zerstört, der einer bis heute unbekanntem Zahl von Menschen das Leben kostete. Es war der Anfang einer Serie von dutzenden Städten, die kurz vor Kriegsende noch in Schutt und Asche gelegt wurden. Vom 1. Januar bis zum 8. Mai 1945 starben mehr Menschen als während des gesamten vorangegangenen Krieges. Was die Nazis an unermesslichem Leid über die Welt gebracht hatten, schlug mit voller Wucht auf Deutschland zurück.

Die Sowjetunion hat den höchsten Blutzoll gezahlt, die grösste Kriegslast getragen und die Nazis bis in den Führerbunker hinein verfolgt. Die deutsche bedingungslose Kapitulation wurde im von der Roten Armee besetzten Berlin unterzeichnet. Wenn es eine richtige Lehre daraus gegeben hat, dann war es der Schwur, dass von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Jahrzehntlang wurde die Lehre aus dem verheerenden Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Europa beherzigt. Nun tauchen die Kriegstreiber wieder in den Medien auf.

Ein Abgeordneter der Partei Konrad Adenauers, Roderich Kiesewetter, aussenpolitischer Obmann der Unionsfraktion, hat ein offensiveres Vorgehen gegen Russland gefordert: «Der Krieg muss nach Russland getragen werden, Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden. Wir müssen alles tun, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, nicht nur Ölraffinerien in Russland zu zerstören, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände.» Es sei an der Zeit, «dass die russische Bevölkerung begreift, dass sie einen Diktator hat, der die Zukunft Russlands opfert, der die Zukunft der russischen Jugend, auch der ethnischen Minderheiten opfert.»

Um die Russen zu belehren, zögert Kiesewetter das Risiko nicht, Deutschland zur Kriegspartei zu machen. Viel bedenklicher als diese Äusserungen ist es, dass sie in den Medien fast kritiklos verbreitet werden. Wer Kiesewetter widerspricht, ist ein «Rechter», wie alle, die nach wie vor der Meinung sind, dass Krieg das grösste Übel ist, das unbedingt verhindert werden muss.

Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, will der Mann nun, dass die Schulden, in orwellischer Manier «Sondervermögen» genannt, dreimal höher sein müssten, als geplant. Nicht 100, sondern 300 Milliarden brauche es, um die Bundeswehr «kriegstüchtig» zu machen. Der ausbleibende Widerspruch zeigt, wie ernst die Situation ist. Die Bevölkerung soll sich an die Kriegsrhetorik gewöhnen. Flankiert wird Kiesewetter von Kanzler Scholz, der sich für eine Grossproduktion an Munition in Deutschland ausspricht. 2025 sollen 50'000 Artilleriegranaten eine neue Fabrik verlassen, im Jahr darauf 100'000 und später 200'000 pro Jahr. Produziert werden sollen vor allem 155-Millimeter-Artilleriegeschosse, ausserdem Sprengstoff und Komponenten für Raketenartillerie. Ganz zu schweigen von der Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann von der FDP. Für sie beginnt der Bau der Munitionsfabrik von Rheinmetall viel zu spät. «Mit «bitte, bitte» sagen und weissen Tauben werden wir den Frieden nicht erhalten können.» Statt weisser Tauben bringt die Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl, Katarina Barley, eigene Atomwaffen für Europa ins Gespräch.

Kürzlich sorgten Äusserungen des früheren Präsidenten Donald Trump bei vielen europäischen Bündnispartnern für Aufregung. In einer Rede im Präsidentschaftsvorwahlkampf stellte er infrage, ob das US-Militär unter seiner Präsidentschaft andere Nato-Staaten gegen Angriffe verteidigen würde, wenn sie ihr Zweiprozentziel nicht erfüllten. Deutschland gehört zu denjenigen, die unter Solidarität verstanden, dass die USA die Hauptlast der Verteidigung Europas tragen sollten, ohne dass alle europäischen Verbündeten ihre gegenüber der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllten.

Erst jetzt, wo nicht mehr nur von Verteidigung, sondern von Krieg die Rede ist, wird plötzlich darüber gesprochen, dass man seine Bündnispflichten erfüllen müsste. Was die Aussicht betrifft, die Deutschland in einem dritten Weltkrieg hätte, sei am Schluss der Dichter Bertold Brecht zitiert:

«Das grosse Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.»

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2024/02/13/stoppt-die-kriegstreiber/>

Carlson sagt, US-Geheimdienste hätten sein Putin-Interview drei Jahre lang verhindert

Die US-Regierung habe seine Textnachrichten ausspioniert und sie der «New York Times» zugespielt. Am «World Government Summit 2024» in Dubai äusserte sich der US-Moderator zu seinem Gespräch mit

dem russischen Präsidenten und die Reaktionen darauf. Carlson machte auch brisante Aussagen über den Zustand der Medien, der Demokratie und der Wirtschaft in den USA. (Mit Video)

Veröffentlicht am 13. Februar 2024 von KD.



Die Aufmerksamkeit für Tucker Carlsons Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin war riesig. Auch Transition News befasste sich selbstverständlich mit dem Interview des US-Star-Moderators. Die Mainstream-Medien übertrumpften sich gegenseitig mit diffamierenden Äusserungen, denn ihre Deutungshoheit wankt durch den Eklat des freien Journalisten noch mehr.

Im Rahmen seiner «Sworn Enemy Tour» («Erzfeinde-Tournee») beantwortete Carlson gestern beim «World Government Summit 2024» in Dubai die Fragen des ägyptischen Journalisten Emad Eldin Adeeb. Es war der erste öffentliche Auftritt des Moderators seit seinem Interview mit Putin. So war dieses denn auch eines der Themen, die in Dubai besprochen wurden. Ausserdem ging es um den Zustand der Medien, der Demokratie und der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten.

Zu Beginn hob Carlson die Bedeutung seines Interviews mit dem Kreml-Chef und die Wichtigkeit der Redefreiheit hervor. Er erklärte, warum er mit dem russischen Präsidenten sprach:

«Ich habe drei Jahre lang versucht, dieses Interview zu führen. Die US-Regierung hat mich daran gehindert, indem sie meine Textnachrichten ausspionierte und sie der «New York Times» zuspielte. Und das hat die russische Regierung aufgeschreckt, so dass sie das Interview abgesagt hat. Ich habe also versucht, dieses Interview zu führen, aber die Geheimdienste meines Landes haben illegal gegen mich gearbeitet. Das hat mich wütend gemacht, denn ich bin amerikanischer Staatsbürger, ich bin 54, ich zahle meine Steuern, ich halte mich an das Gesetz. Und in dem Amerika, in dem ich aufgewachsen bin, war nicht zu erwarten, dass meine Regierung und ihre Geheimdienste NSA und CIA, die sich immer noch aussen hin auf unsere ausländischen Feinde konzentriert haben, sich nach innen gegen amerikanische Bürger wenden würden. Und das hat mich schockiert und wütend gemacht.»

Carlson zufolge hat die US-Regierung zugegeben, dass sie das Interview verhindert hat. Daraufhin sei er «monomanisch entschlossen» gewesen, es zu führen:

«Nicht nur, weil ich wissen will, wie Wladimir Putin ist und was er über einen Krieg denkt, der die Welt umkrempelt und die Wirtschaft meines Landes wirklich ernsthaft schädigt, sondern auch, weil sie mir auf der Grundlage illegitimer Mittel und ohne wirklich klar dargelegte Rechtfertigung sagten, dass ich das nicht darf. Ich dachte: Das kann nicht sein. Ich möchte in dem freien Land leben, in dem ich geboren wurde, und ich werde alles mögliche tun, um die Gesellschaft, die ich liebe, zu erhalten.»

Der Moderator ging auch auf seine politischen Ansichten ein. Dabei betonte er den Wert der Wahrheit und die Notwendigkeit, dass sich Perspektiven auf der Grundlage von Beweisen entwickeln:

«Meine Ansichten ändern sich so schnell, wie sich die Welt selbst ändert.»

Donald Trump und die kommenden US-Präsidentschaftswahlen hätten keine Rolle gespielt bei seiner Entscheidung, mit Putin zu sprechen, machte Carlson klar. Klare Worte fand er aber auch über die US-Regierung:

«Die derzeitige Regierung ist ganz offensichtlich inkompetent und der Präsident ist senil.»

Nach einem Vergleich zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und Putin gefragt, antwortete der Journalist:

«Wäre dies ein Boxkampf, würde der Mediziner den Kampf abbrechen.»

Weiter zeigte sich Carlson besorgt über den Niedergang US-amerikanischer Städte:

«Radikalisierend, sehr schockierend und sehr beunruhigend war für mich die Stadt Moskau. (...) Sie ist so viel schöner als jede andere (sic) Stadt in meinem Land.»

Die Frage, ob Putin seiner Ansicht nach bereit sei, einen historischen Kompromiss zu schliessen – erstens in Bezug auf den Status der Welt, mit den USA, und zweitens in Bezug auf die Ukraine –, beantwortete Carlson ohne zu zögern mit: «Natürlich». Er erinnerte daran, dass der russische Präsident Bill Clinton gefragt hatte, sein Land der NATO beitreten zu lassen, was das Bündnis jedoch abgelehnt hatte.

Der US-Moderator kritisierte in diesem Zusammenhang die US-Aussenpolitik und das mangelnde Verständnis für die erreichbaren Ziele in Konflikten wie der Ukraine. Es fehle der gegenwärtigen US-Regierung an Geschichtskennntnis und Perspektive. Es gebe keinen Beweis dafür, dass Putin Polen überfallen wolle. Tatsächlich habe dieser kein Interesse daran.

Adeeb wiederum konfrontierte Carlson mit der Kritik, er sei nicht auf die russische Invasion in die Ukraine eingegangen. Der US-Moderator entgegnete, dass er dies in der ersten Frage getan habe, woraufhin Putin eine halbe Stunde lang über russische Geschichte gesprochen habe. Was die Motivation Russlands angeht, so beschrieb er seine Ansicht wie folgt:

«Ich habe beobachtet, wie die Vizepräsidentin der USA, Kamala Harris, an der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2022, nur wenige Tage vor dieser [russischen Invasion], auf einer Pressekonferenz dem ukrainischen Präsidenten Selensky öffentlich sagte: «Wir wollen, dass ihr der NATO beitreten, was ein Synonym ist für: «Wir planen, Atomwaffen an Russlands Grenze zu stationieren». (...) (Damit) steuerst du auf einen Krieg zu, weil du weisst, dass das die rote Linie ist, denn Putin hat das gesagt – und jeder, der das Gebiet genau beobachtet, weiss das bereits.»

Bezüglich den Reaktionen zu seinem Putin-Interview sagte Carlson, er möge das Internet nicht, weshalb er vieles gar nicht mitbekommen habe. Er wisse, dass er unter seinen Kollegen in den USA nicht besonders populär sei. Und er sei sicher nicht nach Russland gegangen, um Putin zu bewerben. Der Journalist erläuterte:

«Ich bin hingegangen, weil ich das Gefühl hatte, dass die meisten Amerikaner, in deren Namen das alles geschieht, nicht wirklich wissen, was passiert, und dass sie nichts über den Mann wissen, gegen den sie angeblich inoffiziell Krieg führen. Ich hatte einfach das Gefühl, dass es meine Aufgabe ist, (...) den Menschen Informationen zu geben, damit sie entscheiden können.»

Adeeb beanstandete auch, dass Carlson nicht mit Putin über den inhaftierten oppositionellen Alexei Nawalny gesprochen habe und auch nicht über Attentate und die Beschränkungen für die Opposition bei den kommenden Wahlen. Carlson entgegnete:

«Ich habe nicht über die Dinge gesprochen, über die alle anderen amerikanischen Medien ausschliesslich berichten, weil diese abgedeckt sind. Und weil ich mein Leben damit verbracht habe, mit Menschen zu sprechen, die verschiedene Länder leiten, bin ich zu dem Schluss gekommen, dass jeder Leader Menschen tötet, auch meiner. (...) Einige töten mehr als andere. Leader müssen Menschen töten, sorry. Deshalb würde ich kein Leader sein wollen. Die Pressebeschränkung ist in den USA universell. Ich weiss es, weil ich es erlebt habe. In Russland gibt es mehr Zensur, aber auch in den USA gibt es viel davon.»

Der ägyptische Moderator wollte auch wissen, was Carlson von der Bemerkung Hillary Clintons über sein Putin-Interview halte. Die ehemalige US-Vize- und Mächtegern-Präsidentin hatte den US-Journalisten einen «nützlichen Idioten» genannt, was übrigens auch die «Financial Times» tat. Carlson meinte, er wisse nicht, was Clinton gesagt habe:

«Sie ist ein Kind, ich höre nicht auf sie. Wie geht es Libyen?»

Damit spielte Carlson darauf an, dass das Land, das Wohlhabendste Afrikas war, während Clinton im Amt war, dann aber von den USA bombardiert wurde – mit dem Ergebnis, dass es sich heute in einem desolaten Zustand befindet und zersplittert ist. Bekanntlich hatte sich «Killary» über den grausamen Mord im Stile regelrechter Lynchjustiz am ehemaligen Regierungschef Muammar al-Gaddafi gefreut. Lachend sagte sie in diesem Zusammenhang den bekannten Spruch von Julius Caesars in leicht abgewandelter Form: «Wir kamen, wir sahen, er starb.»

Carlson erörterte dann die Bedeutung der Medien als Gegengewicht zur etablierten Macht und äussert sich besorgt über die Erosion der Demokratie in den USA:

«Die Medieninformation ist in einem freien Land ein Gegengewicht zur etablierten Macht, und zwar nicht nur zur Regierungsmacht, sondern auch zur Wirtschaftsmacht. In meinem Land ist sie verfassungsmässig so konzipiert, dass sie als Gegengewicht dazu dient. Wenn sich also Informationsquellen, Medienangebote mit der etablierten Macht zusammenschliessen, dann hat man eine machtlose Bevölkerung, und das ist totalitär. Und das ist sehr schnell die Richtung, in die die USA gehen. Und ich glaube, dass die Technologie diese Entwicklung begünstigt, insbesondere das maschinelle Lernen. Somit ist es ein gefährlicher Moment. (...) Wir befinden uns in einer seltsamen Spirale, in der uns unsere Führer immer mehr über die Demokratie belehren und darüber, wie heilig sie ist, während sie sie gleichzeitig (...) zu Tode würgen.»

Das US-Veto gegen die UN-Resolution für einen Waffenstillstand im Krieg zwischen Israel und der Hamas verglich Carlson mit einem Familienkonflikt, in dem die USA als «mächtigstes Land in der Geschichte» den Vater darstellen. Die «heilige Pflicht» des Vaters sei es nun, seine Familie zu schützen und den Frieden in seinen Mauern wiederherzustellen. Wenn sich also zwei Kinder streiten, müsse er als erstes den Streit beenden, und nicht eines der Kinder anspornen. Carlson weiter:

«Wenn Sie also sehen, dass eine Nation mit enormer Macht einen Krieg um ihrer selbst willen unterstützt, haben Sie eine Führung, die keine moralische Autorität hat, die illegitim ist, und das meine ich auch. Und ich beziehe mich nicht einmal auf eine bestimmte Region oder einen bestimmten Konflikt, ich meine allgemein. Ich fühle mich zutiefst beleidigt dadurch. Ich versuche das auszudrücken und werde dafür oft als Verräter bezeichnet. Dabei trifft das Gegenteil zu, weil ich an die USA glaube.

Ich denke, dass es ein moralisch überlegenes Land war, und wenn wir unseren Führern erlauben, unsere Macht zu nutzen, um Zerstörung um ihrer selbst willen zu verbreiten, dann ist das beschämend. Es ist binär. Es ist Schwarz oder Weiss, eine Null oder eine Eins. Entweder man erschafft oder man zerstört, man verbessert oder man degradiert, und so weiss man, ob etwas gut oder schlecht ist, ob es tugendhaft oder böse ist. Man beurteilt die Früchte. Ich bin sehr beunruhigt und besorgt darüber, dass wir in eine Ära eintreten, in der diese wunderbare Kraft anstatt für das Gute für das Böse eingesetzt wird.»

Prognosen zu den US-Präsidentschaftswahlen machte Carlson keine.
Er verwies dabei lediglich auf die «Volatilität».

Kommentar Transition News:

Etwas Naivität oder Unwille, den Tatsachen in die Augen zu sehen, lassen Carlsons Aussagen bei allem Respekt durchblicken. So ist zum Beispiel die «moralische Überlegenheit» eines Landes, das durch einen Genozid an der indigenen Bevölkerung gegründet und durch Sklavenarbeit aufgebaut wurde, mehr als fraglich. Und dass sich die US-Regierung mit ihren Geheimdiensten gegen die eigene Bevölkerung wendet, ist nicht erst seit kurzem der Fall.

Emad Eldin Adeeb hat ausserdem recht, dass Carlson bei gewissen Punkten während des Interviews mit Putin mehr Druck hätte ausüben sollen.

Quelle: <https://transition-news.org/carlson-sagt-us-geheimdienste-hatten-sein-putin-interview-drei-jahre-lang>

Weltkrieg als Folge eines Genozids?

Die Konsequenzen des mörderischen Vorgehens in Gaza könnte zu einem Krieg zwischen den USA und dem Iran führen – dann ist der Weltkrieg nicht mehr weit – eine Analyse.

Peter Hänseler, SA 10 FEB 2024



Quelle: Fair Observer

Einleitung

Die Aktion der Hamas am 7. Oktober 2023, war keine Terroraktion von blutrünstigen Mördern, sondern eine präzise ausgeführte Militäraktion, als Folge derer ca. 800 israelische Zivilisten umkamen – wir haben unsere Recherche, die vor allem auf israelische Quellen basiert, publiziert. Der Grossteil der zivilen Opfer wurde von den Israelis selbst verursacht. Die Horrorgeschichten über geköpfte Babys und Massenvergewaltigungen haben sich in Luft aufgelöst. Dennoch das Narrativ der USA und Israel hat sich in den Köpfen der Menschen im Westen festgesetzt.

Diese Aktion der Hamas wurde von Israel – und von den westlichen Medien – als Terroranschlag dargestellt und der Öffentlichkeit als 9/11-ähnliches Konstrukt verkauft. Dieses Narrativ wurde von Israel zum Anlass genommen, Gaza dem Erdboden gleich zu machen. Dies, um ihrem Ziel eines Gross-Israel «From the river to the sea» ein Stück näher zu kommen.

Im Dezember gelang Süd-Afrika an den Internationalen Gerichtshof, um der Weltöffentlichkeit dieses Gemetzels an Zivilisten vor Augen zu führen und zu erreichen, dass das Morden aufhört. Der Entscheid des Internationalen Gerichtshofs vom 26. Januar, welcher die Israelis klar anwies, mit dem Morden aufzuhören, ist an Klarheit nicht zu überbieten. Wir haben darüber berichtet und haben dabei den Entscheid und die Erwägungen des Internationalen Gerichtshofs detailliert analysiert.

Punkt 6 dieses Entscheids verpflichtet Israel, innert eines Monats, d.h. bis am 26. Februar, einen Bericht über Massnahmen einzureichen, welche belegen, dass Israel mit der Tötung aufhört und Massnahmen trifft, die humanitäre Lage zu verbessern. Diese Massnahmen hat Israel bis jetzt nicht ergriffen und es ist offensichtlich, dass Israel dies auch in den nächsten zwei Wochen nicht tun wird. Ganz im Gegenteil, Netanjahu wies einen Vorschlag der Hamas zurück, unter welchem ein Waffenstillstand und der Austausch von Geiseln vorgesehen war. Netanjahu hält somit an seinem Plan fest, Gaza dem Erdboden gleichzumachen.

Die USA kümmert der Völkermord nicht. Präsident Biden könnte das Morden mit einem Telefonanruf beenden, indem er Premier Netanjahu einfach mitteilen müsste, dass die Finanz- und Militärhilfe an Israel gestoppt würde. Stattdessen fliegen täglich Dutzende Transportflugzeuge aus den USA nach Israel, welche Israel mit Waffen und Munition für den Genozid versorgen. Damit wird die USA zur Mittäterin.

In diesem Artikel erörtern wir die Reaktionen der arabischen Welt auf den Genozid in Gaza und die Gegenreaktion der USA. Weiter versuchen wir die Risiken zu erörtern und herauszufinden, wie gross die Gefahr einer weiteren Eskalation zu einem Regionalen Krieg ist, der zu einem Weltkrieg führen könnte.

Genozid vom Westen relativiert

Dass es sich bei der Militäroperation Israels um Genozid handelt, ist seit dem 26. Januar gerichtsnotorisch. Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Entscheid Israels Machenschaften in Gaza so klar verurteilt, wie dies in der Form von vorsorglichen Massnahmen juristisch überhaupt möglich war. Wir haben das Urteil und die Erwägungen des Gerichts in einem ausführlichen Artikel «Internationaler Gerichtshof führt Nuklearschlag gegen Israel» detailliert analysiert.

Westliche Leitmedien relativieren den Entscheid bis zur Unkenntlichkeit. Am 26. Januar – dem Tage des Entscheids – publiziert die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) zwei Artikel dazu – bereits die Titel enthüllen die zynische Haltung der NZZ: «Genozid-Klage: Der Internationale Gerichtshof fordert Massnahmen von Israel – aber keinen Waffenstillstand» und «Der Genozidvorwurf muss gegen die Hamas erhoben werden statt gegen Israel». Beide Artikel folgen dem amerikanischen und israelischen Narrativ sklavisch.

Die Palästinenser sind Araber

Die Palästinenser sind Araber und werden erst seit ihrer Vertreibung aus Palästina Palästinenser genannt. Es ist somit nicht überraschend, dass viele arabische Gruppen und arabische Staaten für die Palästinenser einstehen. Überraschend für den Westen ist jedoch diesmal die immer konsequentere Haltung der arabischen Welt bezüglich ihrer Unterstützung für ihre palästinischen Brüder.

Angriffe als Folge des israelischen Genozids Die Huthis legen den Verkehr im Roten Meer lahm

Die Huthis, jene Freiheitskämpfer in Jemen, welche von ihren Gegnern Terroristen genannt werden und seit Jahren einen wichtigen Teil Jemens kontrollieren, verkündeten kurz nach dem 7. Oktober, westliche und israelische Schiffe im Roten Meer so lange anzugreifen, bis das Morden in Gaza aufhöre. Die USA schiessen immer wieder jemenitische Drohnen, welche um die USD 20'000.– kosten mit Lenkwaffen, die pro Stück Millionen kosten, ab. Weiter bombardieren US-Streitkräfte konstant Ziele in Jemen.

Die Strategie der Huthis entfaltet eine grosse Wirkung. Die OECD warnte am Montag vor höheren Transportkosten aufgrund der Krise am Roten Meer, die die Importkosten der OECD-Mitglieder um 5 Prozentpunkte erhöhen könnten.

Hisbollah bekämpft Israel im Norden

Die Hisbollah bekämpft die Israelis im Norden Israels und verfügt über eine beeindruckende Armee von weit über 100'000 gut ausgebildeten Kämpfern, die über ein grosses Waffenarsenal verfügen.

«Es ist einiges anspruchsvoller einen echten militärischen Feind zu bekämpfen als zusammengeworfene Zivilisten in Gaza zu bombardieren.»

Es war die Hisbollah, welche den Israelis 2006 die erste grosse militärische Niederlage in ihrer Geschichte beifügte, als die Israelis – unter einem konstruierten Vorwand – im Sommer 2006 den Libanon erobern wollten. Bereits nach einigen Wochen mussten die Israelis abziehen, nachdem sie die grösste militärische Niederlage ihrer Geschichte erlitten hatten. Wir haben darüber in unserer Israel-Serie detailliert berichtet. Israel bereitet sich bereits seit Dezember einmal mehr auf einen Angriff Libanons vor. Da Israel dem amerikanischen Virus verfallen ist, ihre Gegner regelmässig zu unterschätzen, könnte das gefährlich werden für Israel. Es ist einiges anspruchsvoller einen echten militärischen Feind zu bekämpfen als zusammengeworfene Zivilisten in Gaza zu bombardieren.

Iran greift israelische Interessen im Irak an

Iran gilt als logistischer und militärischer Unterstützer der Hamas und Hisbollah und anderer arabischer Gruppen. Das mag zutreffen. Es ist jedoch in keiner Weise erstellt, dass Iran diese Gruppen auch führt. Weiter ist unklar, wie gross der Einfluss Teherans auf die militärischen Entscheide dieser Gruppen ist.

Der Iran selbst hat in diesem Konflikt einmal selbst militärisch eingegriffen: Am 16. Januar zerstörte der Iran ein Mossad-Hauptquartier im Irak mit einem Präzisionsschlag. Weiter wurde eine riesige Villenanlage eines Kurden dem Erdboden gleichgemacht; dieser soll Mossad-Agent gewesen sein.

Diese beiden Angriffe, welche mit hoher Präzision ausgeführt wurden, waren eine Reaktion auf die Tötung des iranischen Politikers Razi Mousavi.

Arabische Militante Gruppen greifen US-Basen an

Seit dem 7. Oktober greifen arabische Militante Gruppen von verschiedensten Couleurs amerikanische Basen in Syrien und Irak an. Die amerikanische Stationierung von Soldaten in Syrien und dem Irak sind übrigens illegal. Dieser Umstand wird im Westen seit Jahren komplett ausgeblendet.

Am 28. Januar griffen arabische Militante die amerikanische Militärbasis «Tower 22» an. Diese Basis befindet sich praktisch auf der Grenze zwischen Jordanien und Syrien. Dabei kamen drei amerikanische Soldaten um und ca. 40 wurden zum Teil schwer verletzt.

Amerikanische Reaktionen

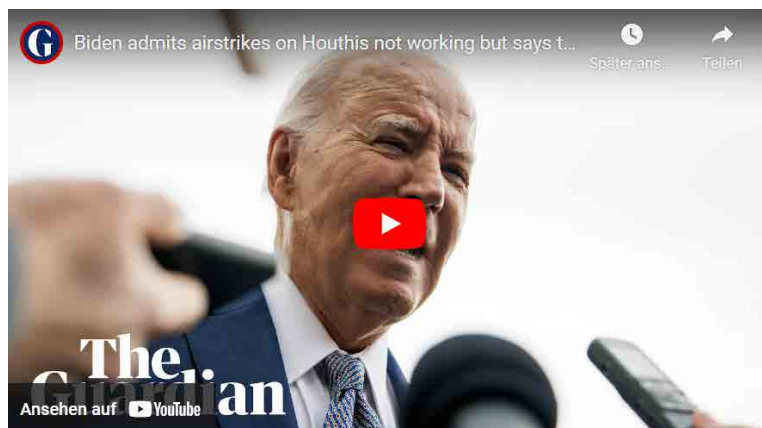
Angriff auf die Huthis

Die Amerikanischen Angriffe gegen die Huthis zeigen keinerlei Wirkung.

Sogar Präsident Biden gab diese unumwunden zu. Auf die Frage eines Journalisten am 16. Januar, ob die Angriffe Wirkung zeigen, antwortete Biden wie folgt:

«Wenn Sie sagen, Wirkung zeigen im Sinne von die Huthis stoppen?, Nein.»

– Zusatzfrage: «Werden Sie weitermachen?» – Antwort Biden: «Ja.»



Quelle: YouTube

Angriff auf Tower 22 als Anlass für Grossbombardierung

Den Angriff auf Tower-22 nahmen die Amerikaner zum Anlass, systematisch Ziele in Syrien und Irak anzugreifen, was mit einem amerikanischen Angriff auf 85 Ziele im Iraq und Syrien begann. Die Angriffe halten bis heute an. Man darf bezweifeln, dass diese Bombardierungen irgendeine spürbare Wirkung entfaltet, die Angriffe der arabischen Gruppen einzudämmen. Man möchte wohl dem amerikanischen Wähler – dazu weiter unten – zeigen, dass man etwas macht.

Die USA warnen Teheran über Schweizer Botschaft

Die USA warnten den Iran Ende Januar. Dies geschah über die Schweizer Botschaft in Teheran, da die USA keine diplomatische Vertretung im Iran haben.

Der Nationale Sicherheitsberater Bidens, Jake Sullivan, äusserste sich wie folgt:

«Der Präsident war von Anfang an sehr deutlich: Wenn amerikanische Streitkräfte angegriffen werden, werden wir reagieren, und wir haben bereits mehrfach reagiert.»

«Wir beabsichtigen, weitere Angriffe und zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, um weiterhin die klare Botschaft zu senden, dass die Vereinigten Staaten reagieren werden, wenn unsere Streitkräfte angegriffen werden.»

Iran warnt die USA

Einen Tag nach der Warnung der USA, folgte die Warnung Teherans an die Adresse der Amerikaner.

Der Iran hat eine entschlossene und unmittelbare Reaktion auf jede Drohung der USA, sein Territorium anzugreifen, angedeutet. Aussenminister Hossein Amirabdollahian forderte die Regierung von Joe Biden auf, die Sprache der Drohung zu beenden und sich auf politische Lösungen zu konzentrieren.

Amirabdollahian bekräftigte, dass Teheran auf alle Drohungen «prompt und entschieden» reagieren werde, berichtete die offizielle Nachrichtenagentur IRNA.

Iran – der Lieblingsfeind von Netanjahu

Schaut man sich die Äusserungen Netanjahus über die letzten 30 Jahre an, so kann man mit Fug behaupten, dass es der Wunschtraum des israelischen Premiers ist, dass Iran angegriffen wird; nicht von Israel selbst – dazu ist Israel militärisch zu schwach – sondern von den USA. Hier verweisen wir auf einen Artikel von «The Intercept» – «Benjamin Netanjahus long History of Crying Wolf about Irans Nukleär Weapons».



Typisch Netanjahu – Kriegstreiber bei der UNO an der Arbeit – 2012

Netanjahu hat ein persönliches Interesse daran, dass sich diese Krise in einen handfesten Krieg wandelt. Ihm wird vorgeworfen, den Angriff der Hamas vom 7. Oktober nicht erkannt und verhindert zu haben. Damit hat er seine Glaubwürdigkeit verspielt, denn er wurde vom Volk geduldet, weil er gebetsmühleartig versicherte, er sei der Einzige, welcher die Sicherheit Israels garantieren könne. Die Geschichte Israels zeigt, dass wenn der Gegner das Land überrascht, die Tage für dessen Führer gezählt sind. Nachdem die Israelis von den Arabern zu Beginn des 6-Tage-Kriegs überrascht wurden, stand das Israelische Volk genau bis zum Ende des Kriegs hinter Golda Meir – danach mussten sie ihren Posten räumen.

Es ist nicht nur Netanjahu, welcher kritisiert wird – auch der Ruf des Mossad gelitten. Den Nimbus des besten Geheimdienstes der Welt hat der Mossad auf jeden Fall verloren.

Es kursieren übrigens zahlreiche Theorien über den 7. Oktober. Es gibt handfeste Hinweise, dafür, dass Israel vor einem Angriff gewarnt wurde – unter anderem durch Ägypten. Diese Informationen wurden möglicherweise falsch gedeutet. Es kursieren jedoch auch zynischere Meinungen: Israel habe den Angriff erwartet und geschehen lassen, um einen Vorwand dafür zu erhalten, Gaza zu «räumen». Was stimmt, ist unmöglich zu sagen. Fest steht jedoch, dass Israel den 7. Oktober zum Anlass genommen hat, seine Gross-Israel-Pläne umzusetzen.

Somit braucht Netanjahu eine Eskalation, um am Ruder zu bleiben. Kommt es zu einem Krieg gegen Iran, sind seine Chancen intakt, im Amt zu bleiben.

Entspannt sich die Situation, wird Netanjahu seinen Posten verlieren und dann drohen ihm mehrere Verfahren wegen Korruption, die ihn ins Gefängnis bringen könnten.

Israel – unter Führung von Netanjahu – wird somit alles daransetzen, die Amerikaner in einen Krieg mit Iran zu verwickeln.

Wie gross ist das Risiko einer Eskalation?

Es bestehen meines Erachtens mehrere Faktoren, welche das Risiko einer Eskalation aus amerikanischer Sicht erhöhen. Ich beobachte die Entwicklung aus folgenden Gründen mit grosser Besorgnis.

«Tot und Vergeltung als Wahlkampfmittel.»

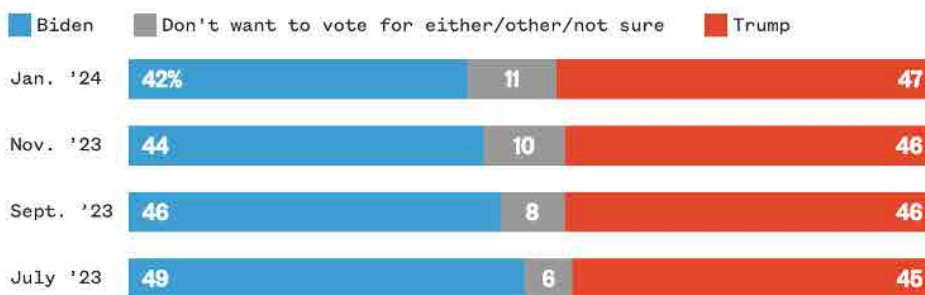
Wahljahr in den USA

Dieses Jahr wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Biden, der wohl gegen Donald Trump antreten muss, zeigt seit dem 7. Oktober, was er für ein Mann ist. Tot und Vergeltung als Wahlkampfmittel. Das funktioniert leider in den USA sehr zuverlässig.

Israels Einfluss in den USA

Der Einfluss Israels auf die Politik in den USA ist traditionell aussergewöhnlich gross, speziell in einem Wahljahr, da Biden – der geschwächte, alte, senile Mann in Washington – in den Umfragewerten gegen Trump immer mehr ins Hintertreffen gerät.

Biden has dipped across months of NBC News polling. Trump has largely held steady.



Notes: The poll was conducted Jan. 26-30 and surveyed 1,000 registered voters nationally. The margin of error is plus or minus 3.1 percentage points.

Source: NBC News national poll

Somit wird er, bzw. jene Leute, die für ihn entscheiden, die Politik gegenüber dem Iran nicht nach gesundem Menschenverstand und langfristigen geopolitischen Zielen ausrichten, sondern danach, wie er seine Chancen auf seine Wiederwahl vergrössern kann.

«Bomb away!»

Um die pro-israelischen Wähler auf seine Seite zu bringen, wird er eine aggressive Haltung gegenüber dem Iran einnehmen.

Bomb away!

Es sind jedoch nicht nur die pro-israelischen Kräfte, welche aus wahltaktischen Überlegungen für eine aggressive Haltung gegenüber dem Iran sprechen. Nach Aussagen von Colonel Macgregor, den ich für einen äusserst kompetenten Mann halte, ist es sehr gut möglich, dass die Amerikaner sich dazu hinreissen lassen, den Iran direkt anzugreifen, weil etwa ein Drittel der Amerikaner immer dafür zu haben sind, irgendein vom Pentagon als Feind bezeichnetes Land zu bombardieren – frei nach dem Motto: «Bomb away!».

Kongress würde wohl Angriff auf Iran unterstützen

Zwar fühlt sich die Biden Administration nicht mehr dazu verpflichtet, vom amerikanischen Kongress die rechtliche Grundlage für Militäroperationen einzuholen, da amerikanische Präsidenten seit 2001 Kriege beginnen, ohne den Kongress zu fragen. Dies führte seit 9/11 zu einem kontinuierlichen Krieg im Nahen Osten – Krieg ohne Rechtsgrundlage.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Kongress zum jetzigen Zeitpunkt einen Angriff auf Iran befürworten würde – so denkt jedenfalls Colonel MacGregor. Somit kommt aufgrund der Stimmung im Kongress ein weiteres Risikoelement hinzu.

Militärische Überheblichkeit der USA und Kriegstreiber

Als weiterer Risikofaktor ist die komplette Überheblichkeit der Amerikaner bezüglich der Beurteilung militärischer Risiken zu werten.

«Sein Patentrezept: Bombardierung des Irans.»

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Amerikaner der Meinung, dass sie unschlagbar sind und jeden Krieg gewinnen, obwohl die militärischen Erfolge in Korea, Vietnam, Afghanistan und dem Irak als pitoyabel zu werten sind. Auch die komplette Fehleinschätzung der russischen Stärke im Ukraine-Konflikt müsste dazu führen, dass man etwas vorsichtiger agiert, wenn es um die Beurteilung der gegnerischen Stärken geht. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Einer der grössten Kriegstreiber in den USA ist der republikanische Senator Lindsey Graham. Sein Patentrezept: Bombardierung des Irans.



Quelle: Youtube – Fox News – 29. Januar 2024

«Die Biden-Administration kann alle iranischen Proxys ausschalten, die sie will, aber das wird die iranische Aggression nicht aufhalten. Ich fordere die Biden-Administration auf, wichtige Ziele im Iran anzugreifen ...»

SENATOR LINDSEY GRAHAM

Senator Graham ist lediglich einer von vielen Kriegstreibern im Sold des militärisch-industriellen Komplexes, der die USA seit dem Zweiten Weltkrieg beherrscht und immer wieder zu unsäglich schlechten Entscheidungen führt. Dass es sich dabei keinesfalls um eine Verschwörungstheorie handelt, ist spätestens seit 1961 erwiesen, als der abtretende US-Präsident Ike Eisenhower anlässlich seiner Abschiedsrede das amerikanische Volk vor der Macht des militärisch-industriellen Komplexes warnte; geholfen hat dies freilich nicht. Zieht man in Betracht, dass die USA in einem Wahljahr sind, 30% der Amerikaner grundsätzlich das Bombardieren feindlicher Staaten begrüssen, ein Krieg von der Mehrheit des Kongresses wohl befürworten würde, die Amerikaner grundsätzlich ihre eigene militärische Stärke überschätzen und in den amerikanischen Medien konstant nach Krieg und Vergeltung geschrien wird, so ist das Risiko erheblich, dass die Amerikaner Iran direkt angreifen werden.

Mögliche Konsequenzen eines Angriffs der USA auf Iran Militärische Stärke Irans

Eine objektive Einschätzung der militärischen Stärke von Ländern ist schwierig, da man Statistiken bekanntlich in jede Richtung manipulieren kann, um das gewünschte Ergebnis zu erhalten.

Gemäss der Webseite Globalfirepower.com rangiert Iran bezüglich militärischer Stärke auf Rang 14, Israel auf Rang 17. Zum Vergleich: Rang 1: USA, Rang 2: Russland, Rang 19: Deutschland, Schweiz: Rang 43.

Ich würde mich keinesfalls auf solche Statistiken verlassen.

Die wirkliche Gefahr für die USA besteht darin, dass der Iran seit vielen Jahren daran arbeitet, die Kapazität zu haben, US-Flugzeugträger zu zerstören.

Im Jahr 2015 – also vor beinahe 9 Jahren – wandte man in Übungen die Taktik an, Schwärme von kleinen Booten gegen Flugzeugträger zu senden, um deren Abwehr zu überfordern. Unten eine Übung der iranischen Streitkräfte gegen ein Modell eines Flugzeugträgers.



Quelle: CBS News

Die grosse Gefahr aus Iran kommt jedoch in neuerer Zeit von iranischen Raketen. Eine Gefahr für die US-Marine stellt sicherlich die Abu Mahdi Rakete dar, welche eine Reichweite von über 1000 km hat. Da dieses Waffensystem im Ernstfall noch nie eingesetzt wurde, ist die Wirkung jedoch unbekannt.

Iran ist Mitglied der Shanghai Cooperation Organisation und BRICS+

Seit dem 1. Januar 2024 ist Iran ein Mitglied von BRICS, zusammen mit Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Äthiopien und Ägypten. Über diese Organisation haben wir auf diesem Blog intensiv berichtet – hier ein Überblick: «BRICS wird die Welt verändern – langsam». Diese Organisation ist wirtschaftlicher Natur, bringt aber die Mitgliedsländer auch politisch sehr nahe zusammen.

Viel gewichtiger ist jedoch die Tatsache, dass Iran seit Juli 2023 Mitglied der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) wurde. Neben dem Iran sind folgende Länder Mitglieder: China, Kasachstan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan, Indien und Pakistan. Diese Organisation vereinigt 40% der Weltbevölkerung und ist damit die grösste Regionalorganisation der Welt. Unter anderem befasst sich diese Organisation mit Sicherheitsfragen ihrer Mitglieder. Das ist ein schwammiger Begriff. Dabei handelt es sich nicht um eine Organisation wie die NATO, welche ausschliesslich auf Sicherheit konzentriert ist und in ihrer Charta militärische Beistandspflichten unter den Mitgliedern verankert hat.

Der Umstand, dass die SCO im Westen wenig beachtet wird, ist einmal mehr auf die herablassende Haltung des Westens zurückzuführen. Die Aufnahme vom Iran in die SCO sollte jedoch nicht unterschätzt werden. So ist es sehr gut möglich, dass China und Russland dem Iran ihre Raketen bzw. die Technologie dazu zur Verfügung stellen wird. Damit würde sich das Blatt in Sachen Stärke gegen US-Einrichtungen im Nahen Osten inklusive Flugzeugträger komplett ändern.

Sowohl die Chinesen als auch die Russen verfügen über Raketen, welche es dem Iran erlauben würden, jedes Ziel im Nahen Osten zu erreichen und zu zerstören. Etwa mit der chinesischen Dong Feng (DF-26) sowie der russischen 3m22-Zircon. Beide Waffen eignen sich zur Bekämpfung von Flugzeugträgern. Zircon fliegt mit einer Geschwindigkeit bis Mach 8 und wurde in der Ukraine erfolgreich eingesetzt. Werden solche Waffen gegen die US-Flotte eingesetzt, so könnte dies für die USA katastrophal enden.

Fazit

Die Angriffe verschiedenster arabischer Gruppen gegen israelische und amerikanische Ziele im Nahen Osten sind eine Folge der Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Gaza durch Israel, welche vom Internationalen Gerichtshof am 26. Januar 2024 verboten wurden.

«Es ist Zeit, dass alle miteinander an einen Tisch sitzen – solange verhandelt wird, schieisst man nicht aufeinander.»

Die Israelische Führung unter Premier Netanjahu denkt nicht daran, diese Angriffe einzustellen, sondern verfolgt nicht nur ihr Ziel eines Israels «from the river to the sea» weiter, sondern versucht die USA in einen direkten militärischen Konflikt mit dem Iran zu verwickeln – ein Plan, welcher Netanjahu seit 30 Jahren verfolgt.

Bis jetzt zeigen die amerikanischen Angriffe auf Ziele in Jemen, Irak und Syrien keinerlei Wirkung. Der Schiffsverkehr im Roten Meer für westliche Schifffahrt droht komplett zum Erliegen zu kommen und die Angriffe auf US-Basen gehen weiter.

Die Kombination von Wahlkampf, Bereitschaft des US-Kongresses gegen den Iran in den Krieg zu ziehen, die Tendenz der USA ihre Gegner regelmässig zu unterschätzen und den grossen Einfluss Israels auf die amerikanische Aussenpolitik, führt zu einem erhöhten Risiko für einen direkten Konflikt zwischen dem Iran und den USA.

Sollte die USA den Iran direkt angreifen, so besteht aufgrund der wirtschaftlichen (BRICS) und sicherheitspolitischen (SCO) Nähe des Irans mit China und Russland die Gefahr, dass der Iran, welcher bereits selber über ein erhebliches Waffenarsenal verfügt, von China und Russland Technologie und/oder Waffensysteme erhält, die der amerikanischen Marine empfindlichen Schaden zufügen könnten.

Falls die hier geschilderten Risiken zu Realität werden, so ist ein regionaler Krieg sicher, mit dem Potential von Weiterungen, welche sich kein vernünftiger Mensch vorstellen möchte.

Es ist Zeit, dass alle miteinander an einen Tisch sitzen – solange verhandelt wird, schießt man nicht aufeinander.

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/weltkrieg-als-folge-eines-geozids/>

EU-Führer verschwenden weitere 50 Milliarden Euro für die Unterstützung des Kiewer Regimes ... und die Selbstzerstörung

uncut-news.ch, Februar 5, 2024



Die europäischen Eliten führen in Europa einen Krieg gegen das atomar bewaffnete Russland, indem sie das Geld der Öffentlichkeit verschwenden, um eine Neonazi-Mafia in Kiew zu unterstützen.

Schliesslich haben sich die Drohungen, die Erpressung und das Armdrücken der Europäischen Union ausgezahlt, um ein gigantisches Hilfspaket in Höhe von 50 Milliarden Euro für das hoffnungslos korrupte Kiewer Regime durchzusetzen. Und das, während sich die europäischen Landwirte gegen die EU-Führung wegen höherer Energiekosten und Billigimporte aus der Ukraine auflehnen, die sie in den Ruin treiben und ihre Existenzgrundlage vernichten.

Die Staats- und Regierungschefs der EU treiben den gesamten Block mit 500 Millionen Menschen in den politischen Selbstmord. Diese rücksichtslose Kavaliershaltung ist wirklich beeindruckend. Her mit den Heugabeln, Merci!

Die 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union trafen sich diese Woche zu einem Dringlichkeitsgipfel, nicht um sich mit den zunehmenden internen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Union zu befassen, sondern um der Ukraine, die nicht Mitglied der Union ist, noch mehr Hilfe zukommen zu lassen.

Das letzte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Dezember war ein Spektakel aus Verleumdungen und schmutzigem Gerangel. Damals legte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban sein Veto gegen die Bereitstellung weiterer Mittel für das ukrainische Regime ein, was zu erbitterten Vorwürfen und Streitigkeiten führte. Dieses Mal jedoch gab Ungarn dem starken Druck nach und stimmte dem Paket zu.

Tage vor dem Gipfel in Brüssel in dieser Woche berichtete die Financial Times, dass der Europäische Rat Pläne ausgearbeitet hatte, um die ungarische Wirtschaft zu sabotieren, falls Budapest sich weiterhin weigern sollte, den massiven Hilfsplan zu unterzeichnen. Das spricht Bände über die perverse Mentalität an der Spitze der EU-Bürokratie. Es zeigt den undemokratischen Charakter des Blocks, auch wenn das Gegenteil behauptet wird.

Brüssel hatte bereits bis zu 10 Milliarden Euro an zentralen Finanzmitteln für Ungarn eingefroren, und Berichten zufolge wurde damit gedroht, Budapest das Stimmrecht bei der Entscheidungsfindung in der Union zu entziehen, was einen eklatanten Verstoss gegen das erklärte Einstimmigkeitsprinzip der EU dargestellt hätte.

Die Zuteilung von 50 Milliarden Euro an einen Nichtmitgliedstaat ist erstaunlich. Noch verwirrender ist, dass die jüngste Grosszügigkeit nur einen Bruchteil der gesamten Hilfe ausmacht, die die EU-Führung seit Ausbruch des Stellvertreterkriegs gegen Russland im Februar 2022 in die Ukraine gepumpt hat. In den vergangenen zwei Jahren hat die Europäische Union dem Regime in Kiew schätzungsweise 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Die Vereinigten Staaten und andere westliche Verbündete haben die Ukraine mit weiteren 100 Milliarden Euro unterstützt. Etwa die Hälfte davon ist für Waffen bestimmt, die andere Hälfte für die Finanzierung des Staates.

Wie wir an dieser Stelle bereits festgestellt haben, übersteigt die kumulierte Finanzierung der Ukraine durch den Westen bei Weitem den historischen Marshall-Fonds, den die USA nach dem Zweiten Weltkrieg für den Wiederaufbau ganz Europas bereitgestellt haben (etwa 170 Mrd. EUR in heutigem Geld).

Es gibt einfach keinen Präzedenzfall oder eine vertretbare Begründung für diese Mobilisierung der finanziellen Unterstützung für die Ukraine. Dies alles wurde von einer Elite ohne demokratisches Mandat vor vollendete Tatsachen gestellt. Es wurden keine Volksabstimmungen durchgeführt, um die Öffentlichkeit über die unangemessenen Ausgaben zu befragen. Tatsächlich zeigen Umfragen, dass die europäische Öffentlichkeit – wie auch die amerikanische – gegen die Unterstützung der Ukraine durch ihre Regierungen ist.

Die Regierung Biden ringt mit wachsendem Widerstand im Kongress darum, der Ukraine weitere 60 Milliarden Dollar zukommen zu lassen.

Hinzu kommt, dass das Kiewer Regime unter dem Marionettenpräsidenten Wladimir Selensky ein Synonym für zügellose Korruption und Unterdrückung ist. Pentagon-Quellen geben zu, dass etwa 400 Millionen Dollar an Militärausgaben von der Kiewer Junta abgezweigt wurden. Die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich noch höher.

Die groteske Zuweisung von Finanzmitteln an die Ukraine hat nichts mit der Unterstützung der Demokratie oder der Verteidigung des Landes gegen eine angebliche russische Aggression zu tun.

Führende EU-Politiker wie der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, wiederholen immer wieder das Mantra von der Verteidigung der Ukraine, weil, so sagen sie, ganz Europa von einer russischen Invasion bedroht sei, wenn das Land besiegt werde. Dies ist die absurdeste Panikmache von Politikern, die ideologisch von Russophobie verblendet und Sklaven der westlichen Hegemonie sind.

Die jüngste 50-Milliarden-Euro-Spritze für das kriegssüchtige ukrainische Regime wird ganz offen als Mittel zur Aufrechterhaltung der Regierung und zur Bezahlung von Gehältern und Dienstleistungen bezeichnet. Mit anderen Worten: Die Ukraine ist ein gescheiterter Staat, und dennoch wird von den europäischen Bürgern, Arbeitnehmern und Landwirten – die selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten leben – erwartet, dass sie eine korrupte Kabale finanzieren.

Ferner ist die Not, die Millionen von europäischen Bürgern erleiden, ein direktes Ergebnis der Tatsache, dass ihre politischen Führer und die bürokratische Elite in Brüssel der feindlichen Agenda der Vereinigten Staaten gegenüber Russland nachgeben.

Diese US-geführte Aggression, die auf den von der CIA initiierten Putsch in Kiew im Jahr 2014 zurückgeht, um ein Neonazi-Regime an die Macht zu bringen, hat die europäische Wirtschaft sabotiert. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben verräterisch den geopolitischen Interessen Washingtons gedient und nicht denen der einfachen Europäer. Die unsinnige Verhängung von Sanktionen gegen Russland hat zu einem enormen Anstieg der Energiepreise geführt, der die europäischen Unternehmen und den Lebensstandard der Verbraucher, Arbeitnehmer und Landwirte dezimiert hat.

Die höheren Produktionskosten sind ein wichtiger Faktor für die zunehmenden Proteste der Landwirte in ganz Europa. Ein weiterer Faktor ist die undemokratische Einfuhr von billigeren landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Ukraine durch die EU als Zugeständnis an das Kiewer Regime. Diese Importe haben die Landwirte in ganz Europa untergraben, in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Ungarn und den baltischen Ländern.

Der skandalöse Missbrauch europäischer Gelder zur Unterstützung eines korrupten faschistischen Regimes, das politische Gegner, die Medien und die orthodoxe Kirche gewaltsam unterdrückt und Nazi-Kollaborateure verherrlicht, dient vorwiegend einem Zweck: Der Verlängerung eines Stellvertreterkriegs gegen Russland. Das Ziel dieses Krieges ist die letztendliche strategische Unterwerfung.

Die westlichen Regimes sind angesichts ihrer kaputten kapitalistischen Volkswirtschaften so bankrott und ohnmächtig, dass sie versuchen, Russlands riesige Naturreichtümer auszubeuten. Dies ist die Fortsetzung der Lebensraumpolitik des Nazi-Deutschlands durch die westlichen Imperialisten.

Die Ukraine hat den Stellvertreterkrieg gegen Russland verloren. Es ist ein beschämendes, kriminelles Debakel. Bis zu 500'000 ukrainische Soldaten wurden in den letzten zwei Jahren von den überlegenen russischen Streitkräften getötet. Das niederträchtige Kiewer Regime will natürlich den Krieg für seine unersättliche Geldgier am Laufen halten. Washington und seine europäischen Vasallen in hohen Ämtern wollen den Krieg aus elitärem imperialem Ehrgeiz aufrechterhalten – ein Ehrgeiz, der in der neu entstehenden multipolaren Weltordnung letztlich vergeblich ist.

Während sich die europäischen Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Brüssel versammelten, wurde das Parlament von wütenden Bauern aus ganz Europa blockiert. Die Demonstranten riefen die Politiker beim Namen. Die Verachtung ist deutlich spürbar. Paris und andere Hauptstädte in ganz Europa werden von Autobahnblockaden belagert. Die Volkswirtschaften stehen deshalb auf der Kippe. Man könnte sogar den Eindruck gewinnen, dass die europäischen Landwirte in Frankreich, Deutschland, Belgien und anderswo eine ähnliche Taktik anwenden wie die Jemeniten am Roten Meer. Man drückt auf die Engpässe und sieht zu, wie sich das Imperium krümmt.

Das ist eine Farce, die man sich nicht ausdenken kann. Die europäischen Eliten führen in Europa einen Krieg gegen das atomar bewaffnete Russland, indem sie das Geld der Öffentlichkeit verschwenden, um eine Neonazi-Mafia in Kiew zu finanzieren, und damit das Leben der europäischen Bürger noch schwerer machen. Das Ergebnis ist politischer und wirtschaftlicher Selbstmord für die Europäische Union.

Im Juni finden in der EU-Parlamentswahlen statt, bei denen die EU-feindlichen oder euroskeptischen Parteien dramatisch zunehmen. Zwei Jahre sinnloser Krieg in der Ukraine schüren die Abscheu der Bevölkerung gegenüber der Elite. Die Wut, die sich dort entlädt, lässt sich möglicherweise nicht einmal durch die Teilnahme an den Wahlen eindämmen. Die Wut scheint über das Ankreuzen von kleinen X in einem Kästchen hinauszugehen. Ein Zusammenbruch steht bevor, und es werden Köpfe rollen.

*QUELLE: EU LEADERS SQUANDER ANOTHER €50 BILLION ON PROPPING UP KIEV REGIME... AND SELF-DESTRUCTION
ÜBERSETZUNG: LZ*

Quelle: <https://uncutnews.ch/eu-fuehrer-verschwenden-weitere-50-milliarden-euro-fuer-die-unterstuetzung-des-kiewer-regimes-und-die-selbstzerstoerung/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Feinden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2024

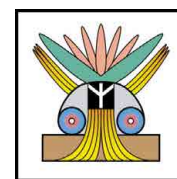
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10. – in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz